

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32

ENTWURF

EIN EUROPA DER FREIHEIT FÜR DIE WELT DES 21. JAHRHUNDERTS

PROGRAMM DER FREIEN DEMOKRATISCHEN PARTEI

FÜR DIE WAHL ZUM

VII. Europäischen Parlament 2009:

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36

Präambel

1. Die EU: Wie geht es weiter?
2. Welche Rolle soll Europa in der Weltpolitik spielen?
3. Wie schaffen wir einen modernen EU-Haushalt?
4. Wie schaffen wir mehr Arbeitsplätze und eine wachsende Wirtschaft?
5. Bildung, Kultur und Kreativität: Wie Europas Vielfalt erhalten?
6. Wie kann Europa in Forschung und Innovation wieder zur Weltspitze gehören?
7. Soziales Europa - Was soll Europa leisten?
8. Welche Zukunft für die Gemeinsame Agrarpolitik?
9. Wie soll die EU die Verbraucher schützen?
10. Wie soll der europäische Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts aussehen?
11. Wie gestalten wir das Miteinander von Mensch und Natur?
12. Wie verbinden wir Klimaschutz mit bezahlbarer Energie?
13. Wie sichern wir in Europa eine nachhaltige Mobilität für alle?
14. Wie schaffen wir mehr Demokratie und weniger Bürokratie in Europa?

1 **Präambel**

2 Die Europäische Union (EU) ist das Ergebnis einer jahrzehntenlangen An-
3 strengung der Völker Europas, Krieg in Europa für alle Zeiten zu ächten
4 und Freiheit und Wohlstand für alle in ganz Europa zu schaffen. Die Euro-
5 päische Union ist ein weltweit anerkanntes erfolgreiches Beispiel, wie es
6 gelingen kann, Erbfeindschaften zu überwinden, Freiheit zu sichern und
7 Wohlstand zu mehren. Aus dieser geschichtlichen Verantwortung bleibt
8 Europa moralisch verpflichtet, für die Werte des Friedens, der Freiheit und
9 des Wohlstands weltweit zu werben und einzustehen.

10 Im weltweiten **Wettbewerb** um Werte und Einfluss ist die EU wichtiger
11 denn je. Nur sie gibt uns die Chance, in der **Globalisierung** erfolgreich zu
12 sein. In der internationalen Finanzkrise konnte allein das gemeinsame
13 Handeln in der EU unsere Wirtschaft sichern. Die brennenden Fragen E-
14 nergiesicherheit, Rohstoffversorgung, Umwelt- und Klimaschutz, Welthan-
15 del sowie innere und äußere Sicherheit können von Nationalstaaten nicht
16 mehr im Alleingang beantwortet werden. Deshalb wollen wir Liberalen ei-
17 ne starke und selbstbewusste EU, die eine **aktive Rolle** in der Welt spielt.

18 **Die EU hat viel erreicht.** Wir fahren in Urlaub ohne Passkontrolle und
19 Geldumtausch, wir sehen eine nie da gewesene Produktauswahl, wir ge-
20 nießen die Vielfalt der europäischen Kulturen, wir schützen grenzüber-
21 schreitend Natur und Umwelt. Doch **Liberale wollen mehr:** Wir wollen
22 eine EU, die **demokratischer, verständlicher und handlungsfähiger**
23 wird.

24 Die EU wird **demokratischer**, wenn Entscheidungen zu **Bürger- und**
25 **Freiheitsrechten** nicht länger hinter verschlossenen Türen getroffen
26 werden. Unsere Vision ist die eines Europas der Bürger. Über Bürger- und
27 Freiheitsrechte, über Datenschutz und Migration, über Justizfragen und
28 Grundrechtenschutz muss das Europäische Parlament mitentscheiden, nicht
29 alleine die im Rat vertretenen Regierungen. Dies würde mit dem **Vertrag**
30 **von Lissabon** erreicht, dessen Ziele wir vor allem deshalb auch weiterhin
31 unterstützen.

32 Die EU wird **verständlicher**, wenn sie ihre **Kraft aus der Beschränkung**
33 **auf das Wesentliche** schöpft. Die Wirklichkeit sieht jedoch manchmal
34 anders aus. Die Ausweitung von Zuständigkeiten sowie bürokratische
35 Auswüchse schaden der EU. Die FDP ist Ansprechpartner für berechnete
36 Kritik der Bürger an der EU. Wir wollen eine schlanke, aber starke EU –
37 wir wollen **Bürokratieabbau** und Effizienz, wir sind gegen eine EU-Steuer
38 und für die Beibehaltung des Verschuldungsverbots, wir sind für ein sozia-
39 les Europa auf marktwirtschaftlicher Grundlage als Ergebnis von **Sozial-**
40 **politik in nationaler Verantwortung**, damit sie auch weiterhin nah am
41 Menschen gemacht werden kann.

42 Die EU wird **handlungsfähiger**, wenn alte und neue Mitgliedstaaten zu-
43 sammenwachsen, den Umgang miteinander lernen und gemeinsam **neue**
44 **Impulse für die EU in der Welt des 21. Jahrhunderts** geben. Im Ein-
45 treten für Frieden, Menschenrechte, Demokratie, Freihandel, Entwicklung
46 und Sicherheit muss die EU entschlossen voran gehen. Deshalb wollen wir
47 Liberale eine starke und einig EU, die **aktiv die Sicherung von Frie-**
48 **den, Freiheit und Wohlstand** in der Welt betreibt.

1 Die FDP ist die einzige Partei in Deutschland, die die **Prinzipien der So-**
2 **zialen Marktwirtschaft** konsequent beachtet. Nur **Wettbewerb** schafft
3 Fortschritt – geistigen wie materiellen. Die FDP im Europäischen Parla-
4 ment wird deshalb darauf achten, dass der freie Wettbewerb in marktwirt-
5 schaftlichem Ordnungsrahmen auch in der EU von morgen zur Geltung
6 kommt. Wir wissen, dass die EU Wohlstand schafft, wenn sie den **Bin-**
7 **nenmarkt** weiterentwickelt. Deutschland ist Exportweltmeister – zwei
8 Drittel der deutschen Ausfuhr geht in den europäischen Binnenmarkt. Das
9 schafft **hochwertige Arbeitsplätze** hier bei uns, die Voraussetzung für
10 unseren Sozialstaat und unsere hohen Umweltstandards sind.

11 Als Gemeinschaft von fast 500 Millionen Menschen aus 27 Ländern arbei-
12 ten wir daran, heute und in Zukunft in Frieden und Freiheit, Sicherheit und
13 Wohlstand zu leben. **Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirt-**
14 **schaft** werden dabei auch in Zukunft die Grundfesten liberaler Politik sein.
15 Dafür steht die FDP, dafür werden wir uns auch in Zukunft im Europäi-
16 schen Parlament einsetzen.

17

18 **Die EU: Wie geht es weiter?**

19 Die FDP will, dass die **Europäische Union demokratischer, verständli-**
20 **cher und handlungsfähiger** wird. Wir halten deshalb an den Zielen des
21 Vertrages von Lissabon fest, denn er enthält die wesentlichen Elemente
22 für eine grundlegende Reform der Union: Eine erhebliche Stärkung des
23 Europäischen Parlaments, verbesserte Mitsprache- und Kontrollmöglich-
24 keiten der nationalen Parlamente in EU-Angelegenheiten, eine besser ko-
25 ordinierte EU-Außenpolitik und effizientere Entscheidungsmechanismen für
26 die erweiterte Union (Prinzip der „doppelten Mehrheit“), insbesondere die
27 Ausweitung des Mehrheitsprinzips auf fast alle Politikbereiche. **Für Libe-**
28 **rale zentral ist die Demokratisierung der Gemeinsamen Innen-**
29 **und Justizpolitik.**

30 Bürgerinnen und Bürger erwarten von der EU **aktives politisches Han-**
31 **deln**: Menschenrechte und Demokratie, Sicherung der Wirtschaft in der
32 Finanzkrise, Abrüstung und Rüstungskontrolle, Krisen und Kriege, nuklea-
33 re Bedrohung und Abrüstung, der Zugang zur Energie, internationaler
34 Handel, der Kampf gegen Klimawandel und Terrorismus – die Herausfor-
35 derungen sind akut und die Welt wartet nicht, bis die EU ihre institutionel-
36 len Fragen geklärt hat. Deswegen muss die EU politisch geschlossen sein
37 und entschlossen gemeinsam handeln.

38 Die FDP bekräftigt ihre Haltung, dass die notwendigen **Reformen der EU**
39 **möglichst von allen Mitgliedstaaten gemeinsam zu erreichen** sind.
40 Andere Modelle sind aber zulässig und sinnvoll, wenn im Interesse der
41 Bürgerinnen und Bürger in Europa gemeinsame Ziele erreicht und konkre-
42 te Projekte verwirklicht werden können. Wenn **Gruppen von EU-Staaten**
43 **mit Projekten vorausgehen**, diese sich bewähren und andere EU-
44 Staaten die Möglichkeit haben, sich später daran zu beteiligen, ist dies mit
45 dem europäischen Gedanken vereinbar, wie die Einführung des Euro, des
46 Schengenraums und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
47 (ESVP) gezeigt haben. Der europäische Einigungsprozess sollte durch die
48 Anwendung der verstärkten Zusammenarbeit intensiviert werden, zum

1 Beispiel auf den Feldern Bankenaufsicht, Verteidigungspolitik oder im ma-
2 teriellen Strafrecht.

3 Die FDP hat die **Erweiterung** der Europäischen Union mitgetragen. Das
4 war politisch und moralisch richtig so – und es lag in unserem eigenen
5 Interesse. Eine enorme Wirtschaftsdynamik in den neuen Mitgliedstaaten
6 hat in unserem Land zu zahlreichen neuen Arbeitsplätzen geführt. Für die
7 FDP steht in den nächsten Jahren das **bürgergesellschaftliche Enga-**
8 **gement** für Verständigung zwischen alten und neuen Mitgliedern im Vor-
9 dergrund, um die politisch vollzogene Erweiterung auch durch ein Zu-
10 sammenwachsen der Gesellschaften nachhaltig zu verankern. Ein besseres
11 Verständnis der Deutschen und Polen für einander ist genauso wie das
12 gute Verständnis zwischen Deutschen und Franzosen Voraussetzung für
13 den Erfolg der EU.

14 Eine an den Zielen des Vertrages von Lissabon orientierte **EU-Reform** ist
15 für die FDP nun jedoch **Voraussetzung für die Aufnahme weiterer**
16 **Staaten**. Mit **Kroatien**, das größte Anstrengungen unternommen hat, um
17 sich auf einen EU-Beitritt vorzubereiten, sind die Verhandlungen allerdings
18 bereits weit fortgeschritten, der Beitritt erscheint daher auch **im Rahmen**
19 **einer Teilreform denkbar**. Das gilt auch für Norwegen, Island und die
20 Schweiz, sofern sie den Beitritt beantragen sollten.

21 Die Entscheidung über einen EU-Beitritt der **Türkei** steht in der kommen-
22 den Legislaturperiode noch nicht an. Die Türkei hat zwar eine Reihe wich-
23 tiger Reformschritte gemacht, in vielen Bereichen gibt es aber noch erheb-
24 liche Defizite bei der Erreichung der EU-Standards (Kopenhagener Krite-
25 rien), die für einen Beitritt erfüllt sein müssen. Schlüssel für den Beitritt
26 zur EU sind die Umsetzung der Reformen in der Türkei und die Aufnahme-
27 fähigkeit der EU.

28 Die Staaten des **westlichen Balkans** haben eine mittel- bis langfristige
29 Perspektive, der EU beitreten zu können, was die FDP unterstützt. Lang-
30 fristig gilt dies auch für die Ukraine.

31 Für die Bürgerinnen und Bürger ist entscheidend, dass die **Glaubwürdig-**
32 **keit der Erweiterungspolitik der EU wieder hergestellt** wird. Für die
33 FDP gilt: **Beitrittsverhandlungen** müssen **ergebnisoffen** geführt wer-
34 den. Einen „Rabatt“ bei den Kriterien oder gar einen Beitrittsautomatismus
35 zum Beispiel durch Nennung eines Beitrittsdatums vor Abschluss der Ver-
36 handlungen darf es nicht geben.

37 **Die FDP will eine demokratische, transparente und bürgernahe EU,**
38 **die nach liberalen Grundsätzen gestaltet ist und den Rahmen dafür**
39 **schaftt, dass die Bürgerinnen und Bürger Lebenschancen ergreifen**
40 **und ihr Leben frei und eigenverantwortlich gestalten können. Wir**
41 **wollen ein Europa, das stark, aber schlank ist und seine Kraft aus**
42 **der Beschränkung auf das Wesentliche schöpft. Die Europäische**
43 **Union ist unsere Antwort auf die Globalisierung. Ziel der FDP bleibt**
44 **eine starke politische EU.**

45

46 **Die FDP fordert:**

- 47
- eine demokratische, verständliche und handlungsfähige EU

- 1 • das Festhalten am Ziel einer umfassenden EU-Reform
- 2 • eine dem Vertrag von Lissabon entsprechende Vertiefung der Union
- 3 • eine glaubwürdige Erweiterungspolitik mit Augenmaß
- 4 • Unterstützung für die jetzigen Beitrittskandidaten
- 5 • eine Absage an jegliche Form von Rabatten bei den Beitrittskriterien
- 6 • den Erhalt der Beitrittsperspektive für die Länder des westlichen
- 7 Balkans

8

9 **Welche Rolle soll Europa in der Weltpolitik spielen?**

10 Europa bleibt außenpolitisch noch weit hinter seinen Möglichkeiten zurück.
11 **Nur** wenn die Mitgliedstaaten das politische Gewicht Europas durch eine
12 **Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), die diesen**
13 **Namen auch verdient**, zur Geltung bringen, können sie Freiheit, Sicher-
14 heit und Wohlstand in Europa dauerhaft sicherstellen. In der Georgienkrise
15 hat sich gezeigt, dass gemeinsames europäisches Handeln erfolgreich sein
16 kann. Ein geschlossenes und entschlossenes Vorgehen muss bei der Be-
17 wältigung von Konflikten oder dem Eintreten für Menschenrechte und De-
18 mokratie zur Regel werden.

19 Hierfür mangelt es nicht an Ressourcen, sondern zuallererst an dem not-
20 wendigen politischen Willen der Regierungen, einschließlich der deutschen
21 Bundesregierung.

22 Multilaterale Lösungen bleiben für Liberale das erste Mittel der Wahl, um
23 Interessenkonflikte zu bewältigen. Diese müssen wirksam sein; wir unter-
24 stützen daher die Doktrin des „**Effektiven Multilateralismus**“ der Euro-
25 päischen Sicherheitsstrategie von 2003, setzen uns aber für eine regel-
26 mäßige Überarbeitung dieser Strategie ein, um die außenpolitische Grund-
27 lage der EU relevant und aktuell zu halten.

28 Europa muss sich so aufstellen, dass es auf gleicher Augenhöhe mit den
29 Partnern die **Politik des Westens im Zeitalter der Globalisierung**
30 **formulieren und ausführen kann**. Dazu sind die Reformansätze des
31 Vertrages von Lissabon ein richtiger Schritt. Im Verhältnis zu den USA set-
32 zen wir auf einen Neuanfang der transatlantischen Beziehungen in Part-
33 nerschaft mit der neuen amerikanischen Administration.

34 **Rüstungskontrolle und Abrüstung** sind als integrale Bestandteile der
35 GASP unverzichtbar. Die elementaren Fragen von Sicherheit und Abrüs-
36 tung in Europa müssen von allen Europäern beraten, eine gemeinsame
37 Position gefunden und dann mit den Verbündeten entschieden werden.
38 Europa muss sein politisches Gewicht für eine neue Abrüstungspolitik in
39 die Waagschale werfen. Die deutliche weltweite **Reduzierung der Nuk-**
40 **learwaffen** aller Atomkräfte und die **Beseitigung aller atomaren**
41 **Kurzstreckenwaffen** gehören auf die Agenda neuer europäischer Abrüs-
42 tungsinitiativen. Die Europäer sollten bei der Ratifikation des angepassten
43 KSE-Vertrages für **konventionelle Rüstungskontrolle in Europa** vo-
44 rangehen. Die Impulse einer europäischen Abrüstungspolitik gilt es, ge-
45 meinsam auch in der NATO zu vertreten, damit wieder an die in den 80er
46 Jahren bereits erfolgreiche Strategie der Vertrauensbildung durch eine

1 konsequente Abrüstungspolitik und ständige Dialog- und Kooperationsan-
2 gebote angeknüpft werden kann.

3 Im Verhältnis zu **Russland** wenden wir uns mit Nachdruck gegen jeden
4 Versuch, einen neuen Kalten Krieg heraufzubeschwören, sind allerdings
5 genau so klar in unserer Kritik am russischen Verhalten gegenüber seinen
6 Nachbarn sowie an den Menschenrechtsverletzungen im Innern. Unser Ziel
7 bleibt langfristig die strategische Partnerschaft mit Moskau im Rahmen
8 einer gemeinsamen Sicherheitsordnung, die die Grundsätze der Organisa-
9 tion für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) beachtet.

10 Wir streben eine bessere Einbeziehung der **aufstrebenden Mächte** des
11 21. Jahrhunderts in die Strukturen globaler Governance an. Insbesondere
12 **China** ist verstärkt in internationale Verantwortung einzubinden. Auch der
13 Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UNO) muss dringend erweitert
14 werden, um die Legitimität der UNO zu erhöhen. Wir setzen uns für einen
15 **gemeinsamen europäischen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat** im
16 Rahmen einer Gesamtreform der UNO ein. Ein ständiger deutscher Sitz ist
17 nur die zweitbeste Lösung, bis die Forderung nach einem europäischen
18 Sitz Realität geworden ist. In diesem Fall muss Deutschland den deut-
19 schen Sitz im Sicherheitsrat treuhänderisch auch für die anderen EU-
20 Partner wahrnehmen.

21 Europa muss sich in die Lage versetzen, eigenständig **Konfliktfällen vor-**
22 **zubeugen** und gegebenenfalls schnell, gemeinsam und flexibel zu reagie-
23 ren. Primär geht es darum, durch politische Maßnahmen die Menschen-
24 rechte zu sichern, Demokratie zu fördern, friedliche Konfliktlösung zu un-
25 terstützen und bewaffnete Konflikte zu vermeiden. Militärisches Eingreifen
26 kann immer nur das letzte Mittel sein; die Kultur der militärischen Zurück-
27 haltung wird von der FDP auch im europäischen Rahmen verteidigt.

28 Als Ausdruck der Werte- und Verantwortungsgemeinschaft zwischen Euro-
29 pa und Nordamerika und als Sicherheitsanker ist die **Nordatlantikver-**
30 **trag-Organisation (NATO) weiterhin unverzichtbar**. Um das europäi-
31 sche Gewicht in der NATO weiter zu stärken, muss der **Ausbau der eu-**
32 **ropäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)** vorange-
33 trieben werden. Wir begrüßen die Initiative Frankreichs, in die militärische
34 Integration der NATO zurück zu kehren.

35 **Europa hat derzeit in 27 nationalen Streitkräften 2 Millionen Sol-**
36 **daten unter Waffen** und gibt dafür ca. 200 Mrd. Euro jährlich aus. Dies
37 führt zu einer gigantischen Verschwendung von Steuermitteln sowie Mehr-
38 fachstrukturen bei der militärischen Organisation, Rüstungsentwicklung
39 und Rüstungsbeschaffung. Liberale wollen diese **Zersplitterung über-**
40 **winden**, ohne dabei die Verteidigungsausgaben zu erhöhen oder gar die
41 USA zu kopieren. In einem ersten Schritt müssen Rüstungsentwicklung
42 und Rüstungsbeschaffung deshalb im Rahmen der EU stattfinden; langfris-
43 tig muss das Ziel **gemeinsamer europäischer Streitkräfte** unter par-
44 lamentarischer Kontrolle verfolgt werden. Der **EU-Verhaltenskodex für**
45 **Rüstungsexporte** muss rechtsverbindlich werden. Die Bundesregierung
46 muss auf europäischer Ebene neue Initiativen für eine effiziente Abrüs-
47 tungspolitik und Rüstungskontrolle anstoßen.

48 Die Europäische Union ist mit ihren 27 Mitgliedstaaten der größte Geber
49 im Rahmen der staatlichen **Entwicklungszusammenarbeit (EZ)**. Ziel

1 liberaler europäischer Entwicklungspolitik ist es, Armutsursachen zu be-
2 kämpfen und den Menschen zu ermöglichen, ihren eigenen Lebensunter-
3 halt zu erwirtschaften, um ein Leben in Würde, Freiheit und Selbstbe-
4 stimmung zu führen. Dafür müssen die Mittel der Europäischen EZ mit
5 größtmöglicher **Effizienz und Transparenz** eingesetzt und entsprechen-
6 de Erfolgskontrollen durchgeführt werden. Zugleich muss es eine klare
7 Aufgabenverteilung zwischen der Europäischen Union und den Mitglied-
8 staaten geben, was die Themen und Länder betrifft. Wo mehrere Länder
9 vor Ort tätig sind, sollte die EU vor allem koordinierend tätig werden.

10

11 **Die FDP fordert:**

- 12 • ein aktives Eintreten der EU für Menschenrechte und Demokratie-
13 förderung
- 14 • an der Kultur der militärischen Zurückhaltung festzuhalten
- 15 • eine Stärkung der europäischen Rolle in internationalen Organisati-
16 onen durch bessere Koordination der Mitgliedsstaaten
- 17 • neue europäische Initiativen zu Abrüstung und Rüstungskontrolle
18 mit dem Ziel einer weltweiten wesentlichen Reduzierung der Nukle-
19 araffen aller Atomwaffenmächte und die Beseitigung aller atoma-
20 ren Kurzstreckenwaffen
- 21 • den Aufbau eines Europäischen Auswärtigen Dienstes
- 22 • langfristig einen europäischen Sitz als ständiges Mitglied im UN-
23 Sicherheitsrat
- 24 • eine gemeinsame europäische Strategie zur Sicherung der Energie-
25 und Rohstoffversorgung sowie der internationalen Handelsrouten
- 26 • den Übergang zu Mehrheitsentscheidungen im Rahmen der GASP
27 bei gleichzeitiger Verstärkung der Mitwirkungs- und Kontrollrechte
28 des Europäischen Parlaments
- 29 • die Etablierung und Stärkung des europäischen Pfeilers innerhalb
30 der NATO
- 31 • den Aufbau gemeinsamer europäischer Streitkräfte unter gemein-
32 samem Oberbefehl
- 33 • den EU-Verhaltenskodex für Rüstungsexporte rechtsverbindlich zu
34 machen
- 35 • die Grundsätze einer komplementären, koordinierten und kohären-
36 ten europäischen Entwicklungszusammenarbeit einzuhalten
- 37 • die Verknüpfung europäischer Entwicklungszusammenarbeit mit der
38 Einhaltung der Menschenrechte und Guter Regierungsführung in
39 den Empfängerländern
- 40 • das Instrument der Budgethilfe nur unter Einhaltung von klaren Be-
41 dingungen einzusetzen
- 42 • die Überführung des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) in den
43 EU-Haushalt und damit volle parlamentarische Kontrolle aller Aus-
44 gaben für Entwicklung

1 **Wie schaffen wir einen modernen EU-Haushalt?**

2 Die Forderung anderer politischer Parteien, die EU brauche mehr Geld, ist
3 falsch. Schon heute hat die EU genügend Eigenmittel, sie werden aber
4 nicht effizient eingesetzt. Immer noch fließt der Großteil der Ausgaben in
5 Agrar- und Strukturfonds. Diese Mittel fehlen für strategische Bereiche
6 europäischer Politik. Das will die FDP ändern. Für Liberale gelten beim EU-
7 Haushalt zwei Maximen: **Europäischer Mehrwert** und **Bürgernähe**. Eu-
8 ropäischer Mehrwert bedeutet die Konzentration und Beschränkung auf
9 grenzüberschreitende Politikbereiche, in denen gemeinsames europäisches
10 Handeln bessere Ergebnisse liefert. Entscheidungen müssen so bürgernah
11 wie möglich getroffen werden. Nur so kann das Subsidiaritätsprinzip ge-
12 wahrt werden, dessen strikte Einhaltung wir fordern. Wir Liberale haben
13 bereits in der laufenden Legislaturperiode Vorschläge gemacht, wie ein
14 EU-Haushalt mit Zukunft gestaltet werden kann. Nach den Europawahlen
15 steht die Reform des EU-Haushalts an. Wir werden uns für eine **nachhal-**
16 **tige** und verantwortungsvolle europäische **Haushaltspolitik** einsetzen.

17 Es muss Schluss sein mit dem undurchschaubaren EU-Finanzierungs-
18 system, beschlossen auf nächtlichen Gipfeltreffen, deren Ergebnisse kei-
19 ner parlamentarischen Kontrolle unterliegen. Diese sind zudem voller Ra-
20 batte und Koppelgeschäfte und widersprechen den Grundsätzen der Haus-
21 haltsklarheit und -wahrheit. Neben den traditionellen Eigenmitteln der EU
22 (Zölle) soll es nur eine Haupt-Einnahmequelle geben: Wir fordern eine
23 nachvollziehbare Finanzierung des Haushalts, die die aktuelle Wirtschaftsk-
24 raft der Mitglieder widerspiegelt. Jeder Mitgliedstaat soll **maximal ein**
25 **Prozent seines Bruttonationaleinkommens (BNE)** aufbringen. Dafür
26 kann auf die extrem intransparenten Mehrwertsteuerabführungen verzich-
27 tet werden. Eine **EU-Steuer lehnen wir ab**. Deshalb hat die FDP in der
28 vergangenen Legislaturperiode gegen jegliche Vorschläge für eine europä-
29 ische Steuer gestimmt. Statt neuer Steuern ist Sparsamkeit und Um-
30 schichten der Ausgaben geboten. Die FDP tritt für die **Beibehaltung des**
31 **EU-Verschuldungsverbots** ein. Wir lehnen weitere Belastungen für die
32 deutschen Bürgerinnen und Bürger ab.

33 Die FDP ist für eine **strikte Ausgabenobergrenze im EU-Haushalt**.
34 Momentan sind jährlich ca. 80% des EU-Haushalts für Agrar- und Struk-
35 turfonds verplant. So fehlt jeglicher Spielraum für neue Politikbereiche.

36 Die Politik der EU fördert mit **Kohäsions- und Strukturfonds** den Zu-
37 sammenhalt und die Entwicklung schwacher Regionen. **Diese Politik hat**
38 **zu einem Subventionswettlauf geführt, den die FDP beenden will**.
39 Zwar stehen wir Liberalen zum vertraglich festgelegten Solidaritätsprinzip
40 in der EU. Jedoch zementiert die gegenwärtige Förderpolitik Geber- und
41 Nehmerstrukturen. Fast alle Staaten und Regionen trachten danach, Sub-
42 ventionierung so lange wie möglich zu verlängern. Das pervertiert den
43 Grundgedanken der Kohäsionspolitik. Deswegen müssen **EU-Gelder auf**
44 **die wirklich bedürftigen Regionen als Hilfe zur Selbsthilfe** konzent-
45 riert und **die Förderfähigkeit** zeitlich begrenzt **werden**. Die FDP ist ge-
46 gen neue Fördertatbestände und für zwingende Förderbindung an die Lis-
47 sabon-Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung.

48 In der **Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)** müssen Regulierung und Bü-
49 rokratie im Interesse der unternehmerischen Freiheit von Landwirten **ab-**
50 **gebaut** und die **Direktzahlungen ab** der nächsten finanziellen Voraus-

1 schau **2014 schrittweise reduziert** werden. Der stufenweise Umbau der
2 GAP von einer vollständigen EU-Finanzierung auf nationale Ko-
3 Finanzierung muss europäisches Politikziel werden.

4 Die FDP fordert **volle parlamentarische Beteiligung und Kontrolle**
5 beim Haushalt – auf europäischer wie auf mitgliedstaatlicher Ebene. Nach
6 wie vor sind die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament
7 hierbei nicht gleichberechtigt mit den Regierungen der Mitgliedstaaten,
8 was zum Demokratiedefizit auf europäischer Ebene beiträgt. Zudem ist
9 eine **lückenlose Offenlegung und Kontrolle der EU-Ausgaben** unver-
10 zichtbar. Dazu ist eine nationale Zuverlässigkeitserklärung durch die Fi-
11 nanzminister der Mitgliedstaaten für alle verwendeten EU-Gelder vorzule-
12 gen.

13 14 **Die FDP fordert:**

- 15 • ein gerechtes, einfaches, transparentes, verlässliches und nachhal-
16 tiges Einnahmen- und Ausgabensystem der EU
- 17 • eine Finanzierung des EU-Haushalts ausschließlich aus zwei Quel-
18 len: Traditionelle Eigenmittel (Zölle) und Abführungen auf Grundla-
19 ge der Wirtschaftskraft der Mitgliedstaaten – Anteile am Bruttonati-
20 onaleinkommen (BNE-Abführungen)
- 21 • die Abschaffung der Mehrwertsteuereigenmittel
- 22 • den Verzicht auf eine EU-Steuer in jedweder Form
- 23 • das Festhalten am Verschuldungsverbot der EU
- 24 • die Konzentration der EU-Regionalpolitik auf die wirklich bedürftigen
25 Regionen nach dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ und Orientierung
26 an der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung
- 27 • keine Dauersubventionierungen mehr: degressive Staffelung der
28 Struktur- und Kohäsionsfonds und Begrenzung der Förderfähigkeit
29 auf maximal zwei Förderperioden (14 Jahre) ab 2014
- 30 • die Umstellung der Agrarförderung auf nationale Ko-Finanzierung
31 und die stufenweise Reduzierung der Direktzahlungen ab 2014
- 32 • die Umschichtung der Ausgaben in Bereiche, in denen ein echter
33 europäischer Mehrwert erzielt werden kann: beispielsweise Gemein-
34 same Außen- und Sicherheitspolitik, transeuropäische Netze, Schutz
35 der Außengrenzen, Forschung, Entwicklung von Zukunftstechnolo-
36 gien und grenzüberschreitende Bildung
- 37 • die volle Sicherstellung einer lückenlosen und wirksamen Kontrolle
38 der Einnahmen und Ausgaben der EU
- 39 • eine nationale Zuverlässigkeitserklärung der Finanzminister der Mit-
40 gliedstaaten
- 41 • eine Stärkung des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung
42 (OLAF) sowie der Stellung des Präsidenten des Europäischen Rech-
43 nungshofes

1 **Wie schaffen wir mehr Arbeitsplätze und eine wachsende**
2 **Wirtschaft?**

3 Grundlage des Wohlstands in Deutschland und Europa ist der **unver-**
4 **fälschte Wettbewerb** im europäischen Binnenmarkt, denn nur mit Wett-
5 bewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum gelingt die nachhaltige Schaf-
6 fung neuer Arbeitsplätze. Der europäische Binnenmarkt ist mit 27 Mit-
7 gliedstaaten und fast 500 Millionen Bürgern zum größten Wirtschaftsraum
8 der Welt angewachsen. Sein Erfolg stützt sich auf die wirtschaftlichen Frei-
9 heitsrechte, die gemeinsame Wettbewerbspolitik und den Euro als Ge-
10 meinschaftswährung.

11 Jeder fünfte Arbeitsplatz in Deutschland hängt am Export. Zwei Drittel der
12 deutschen Exporte gehen in den europäischen Binnenmarkt – deshalb ist
13 Deutschland Exportweltmeister. Damit dies auch so bleibt, muss die Euro-
14 päische Union weiter konsequent an der **Vollendung des Binnenmark-**
15 **tes** arbeiten und den Rahmen für einen funktionierenden Wettbewerb bie-
16 ten.

17 Für die Verbraucher ist die Marktöffnung wichtiger Wirtschaftsbereiche,
18 die zu sinkenden Preisen, höherer Qualität und mehr Auswahl führt, ein
19 großer Fortschritt. Durch funktionierenden Wettbewerb werden so **Inno-**
20 **vation** und **Wachstum**, aber auch die **Wohlfahrt der Verbraucher** ge-
21 fördert.

22 Europa benötigt eine starke **Energiepolitik**. Die zunehmende Relevanz
23 der Versorgungssicherheit und höhere Energiepreise stellen alle Mitglied-
24 staaten vor dieselben Herausforderungen. Wir Liberale setzen uns daher
25 für einen integrierten Europäischen Ansatz in der Energiepolitik ein. Die
26 FDP fordert, dass die Netze zur Verteilung von Strom und Gas wirtschaft-
27 lich unabhängig von der Energieproduktion geführt und verwaltet werden.
28 Nur ein **gut funktionierender Energiebinnenmarkt** wird die **Kosten**
29 **für Bürger und Unternehmen senken**.

30 Die dramatische **Krise auf den internationalen Finanzmärkten** und die
31 durch sie hervorgerufenen Verwerfungen sind eine Herausforderung für
32 die liberale Wirtschaftsordnung und verlangen nachhaltiges gemeinschaft-
33 liches Handeln innerhalb der EU und Konzertierung darüber hinaus. **Staat-**
34 **liche Fehlentscheidungen** in der Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie
35 eine **unzulängliche staatliche Finanzaufsicht** und das offensichtliche
36 **Versagen einiger Banken und Versicherungen** rufen nicht nach einem
37 neuen Wirtschafts-, vielmehr nach einem **reformierten Finanzsystem**.

38 Für uns Liberale ist die **Stabilität des Euros** ein Garant für den wirt-
39 schaftlichen Erfolg Deutschlands und Europas. Ohne den Euro hätte sich
40 die Finanzkrise in Europa noch sehr viel schlimmer niedergeschlagen,
41 denn es wäre durch Währungskursspekulation in einigen Ländern noch
42 eine Währungskrise zur Finanzkrise hinzugekommen. Wir stehen daher
43 mit Nachdruck für eine einheitliche EU-weite Bankenaufsicht, die bei der
44 Europäischen Zentralbank (EZB) anzusiedeln ist. Wir werden uns gegen
45 jeden Angriff wenden, der die **Unabhängigkeit der EZB** in Frage stellt.

46 Der **Abbau überbordender Bürokratie** ist – auch dank der FDP - in den
47 Mittelpunkt europäischer Politik gerückt. Was über Jahrzehnte gewuchert
48 ist, muss zurechtgestutzt werden. Hiervon profitiert besonders der **Mit-**
49 **telstand**. Als Rückgrat unserer Gesellschaft muss der Mittelstand in seiner

1 Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und nicht durch komplizierte und überflüs-
2 sige Regeln belastet werden.

3 Mit Sorge beobachtet die FDP Versuche, Europas freiheitliche Marktwirt-
4 schaft einzuengen. Wir wissen: In funktionierenden Märkten gefährden
5 staatliche Interventionen die Vorteile für Wirtschaft und Verbraucher.
6 Staatliches Eingreifen muss sich daher auf Fälle von Marktversagen be-
7 schränken. Pläne einer europäischen „Wirtschaftsregierung“ mit **Ver-**
8 **staatlichung ganzer Branchen lehnen wir strikt ab.**

9 Kernaufgabe der EU ist es, die Funktionsfähigkeit des Marktes durch ein
10 Mindestmaß an Gesetzgebung sicherzustellen, die dem Bürger verständ-
11 lich ist und unsere Wirtschaft nicht belastet. Ziel ist es, nicht mehr, son-
12 dern weniger und bessere Rechtsetzung in Europa zu schaffen. EU-
13 Gesetze erreichen nur bei konsequenter Umsetzung durch Mitgliedstaaten
14 ihr Ziel: z.B. auf dem Strom- und Gasmarkt Monopolstrukturen aufzubre-
15 chen, in der Telekommunikation und im Verkehr mehr Wettbewerb zu
16 schaffen und damit Preise zu senken. Die FDP setzt sich daher für die kon-
17 sequente Vereinfachung und Umsetzung bestehender Gesetze ein.

18

19 **Die FDP fordert:**

- 20 • die Vollendung des Binnenmarkts für das 21. Jahrhundert
- 21 • ein klares Bekenntnis zum freien und unverfälschten Wettbewerb in
22 der EU: Wettbewerb schafft Wohlstand
- 23 • weitere Liberalisierung der Märkte und Abbau noch bestehender Be-
24 schränkungen
- 25 • weitere Liberalisierung des Dienstleistungssektors
- 26 • weniger Regulierung, mehr Wettbewerbssicherung
- 27 • Wettbewerb in der Steuer-, Wirtschafts- und Finanzpolitik
- 28 • eine konsolidierte Körperschaftssteuerbemessungsgrundlage
- 29 • eine unabhängige Geldpolitik und uneingeschränktes Festhalten an
30 Verpflichtung der EZB auf Preisstabilität
- 31 • eine einheitliche EU-weite Bankenaufsicht, die bei der EZB anzusie-
32 deln ist
- 33 • eine deutlich verstärkte und effektivere Zusammenarbeit der natio-
34 nalen Finanzaufsichten im globalen Rahmen
- 35 • verbesserte Vorschriften für Banken und Versicherungen in den Be-
36 reichen Risikobewertung, Eigenkapitalausstattung, Bilanzierung
- 37 • die Stärkung des Internationalen Währungsfonds und der Bank für
38 Internationalen Zahlungsausgleich
- 39 • ein robustes und krisensicheres Finanzmarktsystem
- 40 • gleichartige Umsetzung von EU-Recht in der gesamten EU
- 41 • volle Ausschöpfung des im elektronischen Handel enthaltenen Po-
42 tentials (B2C, C2C) in der EU
- 43 • anwenderfreundliche Gestaltung des Vergaberechts

- 1 • europäische Regelungen zur Energieversorgungssicherheit
- 2 • europäische Märkte für Gas und Strom mit echtem Wettbewerb

3

4 **Bildung, Kultur und Kreativität: Wie Europas Vielfalt erhalten?**

5 2009 ist das europäische Jahr der **Kreativität** und **Innovation**. Kulturelle
6 Vielfalt und Kreativität sind der Nährboden des europäischen Zusammen-
7 wachstums. Einheit in Vielfalt war und bleibt die liberale Leitvision für Euro-
8 pa. **Kulturelle Vielfalt** prägt das Leben der Menschen in Europa. Deshalb
9 darf die EU nicht die Zuständigkeit für Bildungspolitik bekommen: Das
10 **Subsidiaritätsprinzip** ist einzuhalten. Kultur ist ohne Freiheit nicht denk-
11 bar. Kultur und Bildung sind eng miteinander verwoben.

12 **Bildung** ist seit jeher der **Schlüssel zur Freiheit** und zum gesellschaftli-
13 chen Aufstieg. Wir brauchen ein flexibles und leistungsfähiges, intelligent
14 organisiertes Bildungssystem. In Europa können wir von guten Beispielen
15 und erfolgreichen Modellen lernen, z.B. die Möglichkeit zu schaffen, dass
16 Kinder früher spielerisch Fremdsprachen erlernen. Hierbei könnten die **Eu-**
17 **ropaschulen Modelcharakter für Ballungsräume** haben.

18 **Sprache ist das entscheidende Instrument** für die Vermittlung von
19 Bildung und Kultur. Die Fähigkeit, sich über die Kenntnis der Mutterspra-
20 che hinaus in weiteren Sprachen der Europäischen Union verständigen zu
21 können ist daher eine wichtige Voraussetzung für das weitere Zusammen-
22 wachsen innerhalb der europäischen Nationen. Nur auf diesem Weg
23 lässt sich ein gemeinsames europäisches Bewusstsein fördern. Der Mehr-
24 sprachigkeit und **Anhebung der Sprachkompetenz** muss daher beson-
25 dere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Sprachpolitik ist daher ein zent-
26 raler Aspekt europäischer Kulturpolitik. Englisch ist die Hauptverkehrs-
27 sprache in der Welt. **Exzellente Kenntnisse in Englisch** sollten daher
28 zentraler Baustein jeglicher Bildungspolitik in Europa sein. Darüber hinaus
29 sollte die Mehrsprachigkeit auch weitere europäische Sprachen umfassen,
30 zuvorderst die Sprache des jeweiligen Nachbarn.

31 Die FDP will, dass die **Stellung der deutschen Sprache in den Institu-**
32 **tionen** der Europäischen Union **stärker berücksichtigt** wird. Deutsch
33 wird am häufigsten als Muttersprache in Europa gesprochen. Deshalb
34 muss die deutsche Sprache als Amts- und Arbeitssprache innerhalb der
35 EU-Institutionen nachhaltiger gefördert werden.

36 Kreativität ist die treibende Kraft wirtschaftlichen Wachstums und des
37 Wohlstands eines jeden Einzelnen. Kreativität ist ein Grundelement der
38 menschlichen Existenz. **Jeder einzelne Mensch** ist kreativ und **besitzt**
39 **kreatives Potential**. Kreativität ist vor allem ein breit angelegter sozialer
40 Prozess, der Zusammenarbeit erfordert. Diese **Zusammenarbeit** wird
41 stimuliert durch menschlichen **Austausch** und durch Netzwerke.

42 Wirtschaftswachstum und -entwicklung gründen sich auf **Technologie,**
43 **Talente und Toleranz**. Technologie ist zentraler Bestandteil wirtschaftli-
44 chen Fortschritts. Talente, also gut ausgebildete und gebildete Menschen,
45 sind die wichtigsten Triebkräfte wirtschaftlicher Entwicklung.

46 Toleranz beeinflusst auf einschneidende Weise die Fähigkeit von Nationen
47 oder Regionen, ihre eigenen kreativen Kapazitäten zu nutzen und im

1 Wettbewerb um kreative Talente erfolgreich zu sein. Offensichtlich ist: Je
2 toleranter und offener eine Nation oder Region ist, desto mehr Talente
3 kann sie mobilisieren oder anziehen.

4 Deshalb müssen wir unsere Strategien, Talente anzuziehen und zu halten,
5 grundlegend ändern. Wir müssen den Menschen helfen ihre grundlegen-
6 den kreativen Fähigkeiten zu verstärken. Die EU muss sich dauerhaft dem
7 **Leitbild der Kreativität** verschreiben. Dabei können wir **von den Bes-**
8 **ten lernen**, z.B. Finnland und Schweden.

9 Deshalb fordert die FDP ähnliche Austauschprogramme, wie sie die EU
10 bereits hat, für den Bereich des lebenslangen Lernens.

11

12 **Die FDP fordert:**

- 13 • die zusätzliche Förderung von COMENIUS (Schulbildung), ERASMUS
14 (Hochschulbildung), LEONARDO DA VINCI (Berufliche Bildung) und
15 GRUNDTVIG (Erwachsenenbildung)
- 16 • die Initiierung von Maßnahmen zur Sprachförderung, so dass lang-
17 fristig alle Bürger neben ihrer Muttersprache und Englisch als wich-
18 tiger Verkehrssprache über praktische Kenntnisse einer weiteren
19 Sprache verfügen
- 20 • Maßnahmen zur Förderung der deutschen Sprache in den Mitglied-
21 staaten und als Amts- und Arbeitssprache in den EU-Institutionen
- 22 • systematische Förderung des Fremdsprachenlernens für Kinder im
23 spielerischen Kontext
- 24 • Steigerung der Internationalität in der Ausbildung durch Kooperati-
25 on, Austausch und Anrechenbarkeit von Kompetenzerwerb
- 26 • eine reibungslose Anerkennung von Bildungsabschlüssen und Teil-
27 leistungen im Rahmen von Auslandsstudien
- 28 • eine einheitliche europäische Kulturstatistik, auf der Grundlage der
29 europäischen Wirtschaftszweige-Klassifikation zu entwickeln, um
30 darauf aufbauend Förderinstrumente und Infrastrukturmaßnahmen
31 für die Branchen der Kultur- und Kreativwirtschaft zu erarbeiten
- 32 • die Einführung von Finanzierungsinstrumenten, die die spezifische
33 Situation der Kultur- und Kreativwirtschaft mit einer oft geringen
34 Kapitalausstattung berücksichtigt

35

36 **Wie kann Europa in Forschung und Innovation wieder zur**
37 **Weltspitze gehören?**

38 In einer globalisierten Welt wird das **Wissen** immer mehr zum **entschei-**
39 **denden Rohstoff**. Eine leistungsfähige und freie Forschung ist die Vor-
40 aussetzung für eine innovationsfähige Gesellschaft. Diese ist Bedingung
41 für neue, marktfähige Produkte und hochwertige Arbeitsplätze. In einer
42 globalisierten Welt stehen Europa und Deutschland im **Wettbewerb um**
43 **die besten Köpfe**, knappe finanzielle Ressourcen und die attraktivsten
44 Rahmenbedingungen. Europa ist ein Standort des Wissens, Europa hat
45 auch eine blühende Forschungslandschaft und besonders Deutschland

1 liegt bei der Anmeldung von Patenten immer noch weit vorne. Doch das
2 große **europäische Problem heißt: Innovation** - das Umwandeln des
3 Wissens in Produkte. Ob der Video-Rekorder, das Fax-Gerät oder der MP3-
4 Spieler: Allesamt in Deutschland erfunden, doch keines dieser Produkte ist
5 in Deutschland in Produktion gegangen.

6 Uns bieten sich in Europa jedoch **neue Chancen**. Mit der Einrichtung des
7 EIT, des **Europäischen Instituts für Innovation und Technologie**,
8 haben wir einen großen Schritt der Umstrukturierung getan. Es werden
9 Mittel für diese Einrichtung aus dem Landwirtschaftshaushalt kommen. Im
10 Nachhinein ist dies die klare Durchsetzung einer alten FDP-Position: EU-
11 Gelder sollen die Zukunft und nicht die Vergangenheit gestalten.

12 Die **Rahmenbedingungen** für Forschung in Europa sind **nicht optimal**.
13 Bürokratische Hindernisse, finanzielle Engpässe und ideologische Hemm-
14 nisse erschweren Forschern ihre Arbeit und treiben Wissenschaftler in
15 Länder, in denen sie besser und freier arbeiten können. Wir brauchen eine
16 **Forschungsfreiheitsinitiative**.

17 Daher war es auch so wichtig, die Weichen für das weltgrößte Forschungs-
18 rahmenprogramm richtig zu stellen. Das 7. EU-Forschungsrahmen-
19 programm mit einer Laufzeit von sieben Jahren ist immerhin mit 52 Milli-
20 arden Euro ausgestattet.

21 Nach wie vor gilt es, das Ziel der sog. „Lissabon-Strategie“ zu erreichen
22 und **Europa zur dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsregion**
23 **der Welt zu machen**. Alle hierfür notwendigen forschungs- und techno-
24 logiepolitischen Aktivitäten müssen heute neu definiert und auf das Euro-
25 pa der 27 ausgerichtet werden. Auch wenn absehbar ist, dass Europa im
26 Jahre 2010 nicht 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und
27 Entwicklung einsetzen wird, so gilt es einen neuen Zeithorizont abzuste-
28 cken. In diesem Prozess muss Deutschland eine Vorreiterrolle einnehmen
29 und 2010 die 3-Prozent-Zielmarke erreichen.

30 Das bisher angewandte **Subsidiaritätsprinzip**, wonach jeder Mitglied-
31 staat eigene Akzente setzen kann, darf auch im Forschungsbereich **nicht**
32 **angetastet** werden. Die FDP lehnt Denkblockaden und ideologische Fixie-
33 rung auf bestimmte Technologien ab. Fusionsforschung, kerntechnische
34 Sicherheitsforschung, Stammzellforschung und grüne Gentechnik, Bio-
35 technologie und Nanotechnologie dürfen nicht stigmatisiert, sondern müs-
36 sen in wettbewerblichen Verfahren unter transparenten Rahmenbedingun-
37 gen gefördert werden.

38 Forscher wollen forschen. Sie wollen auch bei europäischen Forschungs-
39 projekten nicht mit überbordender EU-Bürokratie die Zeit vergeuden. Wir
40 Liberale fordern den **Verwaltungsaufwand beim Beantragen der For-**
41 **sungsmittel klar zu reduzieren**, damit auch kleine und mittelständi-
42 sche Unternehmen eine Möglichkeit haben, in den Genuss dieser Mittel zu
43 kommen.

44 **Forschungseinrichtungen** sollen die **Möglichkeit** erhalten, **sich an**
45 **ausgegründeten Unternehmen so zu beteiligen**, wie es für sie wirt-
46 schaftlich vernünftig ist. An solchen erfolgreichen Unternehmen, die der
47 Forschungseinrichtung Rückflüsse bringen, soll auch eine dauerhafte Be-
48 teiligung möglich sein.

1 Beste Forschung braucht einen effektiven **Schutz geistigen Eigentums**.
2 Ein **europäisches Patent- und Urheberrecht** muss für echten Schutz
3 gegenüber globalen Produktpiraten sorgen.

5 **Die FDP fordert:**

- 6 • eine Strategie für innovationsfreundliche „Lead Markets“
- 7 • weiteren Bürokratieabbau im 7. Forschungsrahmenprogramm
- 8 • besser geschützte Rechte am geistigen Eigentum und die Schaffung
9 eines europäischen Patentes mit Erleichterungen insbesondere für
10 Mittelständler
- 11 • die Gestaltung eines gemeinsamen europäischen Arbeitsmarkts für
12 Forscher
- 13 • den schnellen Aufbau des EIT mit den Innovationsschwerpunkten
14 Energiesubstitution und Energieeffizienz
- 15 • die Förderung regionaler Innovationstätigkeit durch neue Program-
16 me für die Kohäsionspolitik
- 17 • überarbeitete Regeln über staatliche Beihilfen für Forschung und
18 Entwicklung (FuE) sowie Innovation, zudem bessere Leitlinien für
19 FuE-Steueranreize

21 **Soziales Europa - Was soll Europa leisten?**

22 Die FDP will ein **soziales Europa auf marktwirtschaftlicher Grundlage**.
23 Überalterung und wachsende Konkurrenz aus Schwellenländern erfor-
24 dern tief greifende Reformen in allen Mitgliedstaaten. Die FDP will, dass
25 soziale Reformen in alleiniger **Verantwortung der Mitgliedstaaten**
26 verbleiben. Sozialpolitik darf niemals vereinheitlichen, sie muss **nah am**
27 **Bürger** gestaltet sein, um ihre volle Wirkung entfalten zu können.

28 Im globalen Vergleich sprechen wir häufig von dem "europäischen Gesell-
29 schafts- und Sozialmodell", das sich auf die Prinzipien der Sozialen Markt-
30 wirtschaft stützt. Wir müssen aber bedenken, dass sich unter dem Dach
31 der EU 27 Systeme zusammenfinden, die auf verschiedensten Traditionen
32 und Lebenswirklichkeiten basieren. Arbeitsmarkt- und sozialpolitische Her-
33 ausforderungen lassen sich nicht leicht vergleichen. Wir brauchen daher
34 **maßgeschneiderte Konzepte**, die unterschiedliche Realitäten innerhalb
35 der EU widerspiegeln.

36 Das heißt nicht, dass wir nur auf uns selber schauen sollen. Es zeigt sich,
37 dass andere Mitgliedstaaten politische Instrumente erfolgreicher einsetzen.
38 Wir müssen **voneinander lernen**, und genau darin sehen wir Europas
39 Aufgabe. Die Europäische Union ist Plattform für Austausch und Ver-
40 gleich. So können bewährte Praktiken ermittelt und der Wettbewerb der
41 Systeme sinnvoll genutzt werden. Die FDP will, dass die **EU im sozialpo-**
42 **litischen Bereich nur bei grenzüberschreitenden Fragen** selbst tätig
43 wird. Wichtig sind Anstrengungen hinsichtlich der Förderung der **Arbeit-**
44 **nehmermobilität** durch soziale Absicherung und medizinische Versorgung
45 bei einem längeren Aufenthalt im Ausland aus beruflichen oder an-

1 deren Gründen. Außerdem wünschen wir zukunftsgerichtete Maßnahmen
2 zur **Förderung der Bildung und Innovation**, um gerade für die nach-
3 kommenden Generationen beste Voraussetzungen zu schaffen. Ziel sind
4 offene und flexible Märkte, keine fortschrittsfeindlichen Subventionen mit
5 rein protektionistischer Wirkung.

6 In den letzten zwanzig Jahren haben sich die Anforderungen an Europa
7 drastisch gewandelt. Die Globalisierung und der demografische Wandel
8 stellen unsere Volkswirtschaften vor neue Herausforderungen. Wir müssen
9 jetzt die richtigen Reformen durchführen, um unsere Ausgangsposition zu
10 verbessern und um von den Chancen der Globalisierung profitieren zu
11 können. **Denn nur was Arbeit schafft, ist auch sozial.** Aufgabe der
12 Europäischen Union ist es, darüber zu wachen, dass bisher erreichte Stan-
13 dards nicht wieder verwässert werden.

14 **Sozialpolitik auf europäischer Ebene stärker zu zentralisieren, ist**
15 **der falsche Weg**, den Bürgern die Vorteile Europas zu vermitteln. Denn
16 nicht alles, was aus Europa kommt, nützt dem Bürger wie die Ausweitung
17 der EU-Antidiskriminierungsvorschriften zeigt. Beispielsweise führt die
18 rechtstaatlich problematische Beweislastumkehr in der Richtlinie zu mehr
19 Unsicherheit und Unaufrichtigkeit. Die Tatsache, dass nun Beschuldigun-
20 gen ohne Beweise ausreichen, bringt auch unbescholtene Bürger leicht in
21 Erklärungsnot. Wirkungsvoller wäre es, wenn sich die EU durch Unterstüt-
22 zung von Toleranz fördernden Projekten aus der Zivilgesellschaft und eine
23 **aktive Bekämpfung staatlicher Diskriminierung** für betroffene Bürger
24 einsetzt. Ein mehr an bürokratischer Regulierung hilft nicht, Vertrauen in
25 die EU zu stärken. Gut gemeinte Verbesserungsvorschläge auf EU-Ebene
26 führen gerade in der Sozialpolitik schnell zu einer gleichmacherischen
27 Zwangsbeglückung, die an den Bedürfnissen der Bürger vorbeigeht.

28 29 **Die FDP fordert:**

- 30 • ein soziales Europa auf marktwirtschaftlicher Grundlage
- 31 • Sozialpolitik nah am Menschen
- 32 • die Verantwortung für soziale Reformen bei den Mitgliedstaaten
- 33 • einen fairen Wettbewerb der Arbeitsmarkt- und Sozialsysteme
- 34 • gegenseitiges voneinander Lernen innerhalb der Europäischen Uni-
35 on
- 36 • Innovations- und Bildungsförderung statt strukturerhaltender Sub-
37 ventionen
- 38 • Umwidmung des Globalisierungsfonds zu Mitteln für Forschung und
39 Entwicklung

40 41 **Welche Zukunft für die Gemeinsame Agrarpolitik?**

42 Die derzeitige globale Nahrungsmittelkrise zeigt deutlich, dass in den ver-
43 gangenen Jahren und Jahrzehnten notwendige Investitionen in die Land-
44 wirtschaft unterblieben sind und Reformen hin zu einer **leistungsfähigen**
45 **und unternehmerischen Landwirtschaft** nicht energisch genug ange-

1 gungen wurden. Dabei sollte die ländliche Entwicklung nicht als Teil einer
2 Wirtschaftsstruktur betrachtet werden, von der sich die Industriegesell-
3 schaft allmählich verabschiedet, sondern als elementar für die zukünftige
4 Nahrungsmittel- und Energieversorgung in der Welt. Deutschland und die
5 Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit ihren vorzüglichen agrarischen
6 Standortfaktoren stehen vor einer **Renaissance des ländlichen Rau-**
7 **mes.**

8 Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) hat sich in den Jahren seit der
9 Reform von 2003 grundlegend gewandelt. Mit der Umsetzung des FDP-
10 Modells einer Kulturlandschaftsprämie sind wichtige Voraussetzungen für
11 eine leistungsfähige, effiziente und unternehmerische Landwirtschaft ge-
12 schaffen worden. Die Halbzeitüberprüfung der GAP-Reform ("Gesundheits-
13 check") muss diese erfolgreiche Politik fortsetzen. Durch **weitere markt-**
14 **wirtschaftliche Reformen, Vereinfachung und Entbürokratisierung**
15 müssen Land- und Ernährungswirtschaft sowie die ländlichen Räume
16 nachhaltig gestärkt werden.

17 Liberale Grundprinzipien für eine zukunftsweisende europäische Landwirt-
18 schaft orientieren sich am Leitbild des unternehmerischen, eigenverant-
19 wortlichen Landwirts. Die Potenziale des **ökologischen Anbaus** und der
20 modernen „**Hightech-Landwirtschaft**“ müssen genutzt werden. Unsere
21 Landwirte kennen Standortfaktoren und Produktionstechnologien selbst
22 am besten. Gesetzliche Regulierungen dürfen deshalb nicht die Land- und
23 Forstwirtschaft belasten, sondern müssen verhältnismäßig sein und sie im
24 Wettbewerb stärken. Der moderne Landwirt muss in die Lage versetzt
25 werden, die Chancen des Marktes zu nutzen und darf nicht durch einen
26 überbordenden Verwaltungsaufwand daran gehindert werden. Nur dann
27 werden sich effiziente landwirtschaftliche Produktionsverfahren, basierend
28 auf einer **leistungsfähigen Agrarforschung**, auf nationaler und interna-
29 tionaler Ebene durchsetzen und helfen, die wachsende Weltbevölkerung zu
30 ernähren. Nicht zuletzt die am meisten **von Hunger und Armut betrof-**
31 **fenen Schwellen- und Entwicklungsländer** könnten von einem syste-
32 matischen **Wissenstransfer** profitieren. Dazu sollte auch die verantwort-
33 bare Nutzung der Grünen Gentechnik gehören, da sie Umweltbelastungen
34 vermindert, die Ernährungssicherung und die Qualität von Nahrungsmit-
35 teln verbessern sowie Pflanzen für die industrielle Nutzung als nachwach-
36 sender Rohstoff optimieren kann. Schließlich ist ein **Abschluss der WTO-**
37 **Welthandelsrunde** im Interesse der heimischen Land- und Ernährungs-
38 wirtschaft sowie der Entwicklungsländer.

39 Die **Lebensmittelproduktion für den heimischen Verbrauch** in
40 Deutschland und der EU bleibt weiterhin die **vorrangige Aufgabe der**
41 **Landwirtschaft**. Sie hat außerdem in großem Maße Bedeutung im **Kli-**
42 **ma- und Landschaftsschutz**. Die Förderung der energetischen Nutzung
43 von Biomasse sowohl im Strom/Wärmebereich wie bei den Biokraftstoffen
44 dürfen die Wettbewerbsfähigkeit der Nahrungs- und Futtermittelprodukti-
45 on nicht beeinträchtigen und nicht zu einer Flächenkonkurrenz führen.
46 **Nachwachsende Rohstoffe**, z. B. Holz aus Kurzumtriebsplantagen, und
47 organische Reststoffe können in vielfältiger Form **zur Energiegewinnung**
48 eingesetzt werden. Wie bei der landwirtschaftlichen Produktion zu Ernäh-
49 rungswirtschaft sind auch hier die Nachhaltigkeit der Produktion und eine
50 größtmögliche Effizienz im Sinne des Klimaschutzes zu gewährleisten. Im

1 Rahmen der gegenwärtigen Diskussion um **Biokraftstoffe** setzt sich die
2 FDP für eine sachliche Herangehensweise ein. Die von der Bundesregie-
3 rung eingeführte **Zwangsbeimischung** von Biokraftstoffen schadet der
4 heimischen Landwirtschaft und der gesamten Biokraftstoffbranche und
5 **führt zur verstärkten Abholzung von Regenwäldern**. Deshalb setzen
6 wir auf eine zeitlich befristete **Steuerbefreiung von Biokraftstoffen**.

7 8 **Die FDP fordert:**

- 9 • weitere marktwirtschaftliche Reformen sowie eine Stärkung der Ei-
10 gentumsrechte landwirtschaftlicher Unternehmer
- 11 • eine Ausrichtung der GAP an den Kriterien der Nachhaltigkeit der
12 Produktion und der größtmöglichen Effizienz im Sinne des Klima-
13 schutzes
- 14 • eine Sicherung der Direktzahlungen der Ersten Säule bis 2013 aus
15 Gründen der Planungssicherheit und Verlässlichkeit und lehnt eine
16 Ausweitung der Modulation ab, da so dringend notwendige Mittel für
17 die Landwirtschaft vor allem in den finanzschwächeren Ländern ver-
18 loren gehen
- 19 • einen umfassenden Bürokratieabbau und eine deutliche Vereinfach-
20 ung, insbesondere im Bereich der Cross-Compliance, sowie die
21 1:1-Umsetzung europäischer Richtlinien
- 22 • den Ausstieg aus der Milchquote zum 31.03.2015 inkl. adäquater
23 Maßnahmen zur Vorbereitung des Ausstiegs
- 24 • Beseitigung von Innovationsblockaden im Bereich der grünen Gen-
25 technik z.B. durch Zulassung von gentechnisch veränderten Orga-
26 nismen (GVO) ausschließlich nach fachlichen Kriterien, praxisge-
27 rechte Grenzwerte für Saatgut, Ersetzen der „Nulltoleranz“ für Bei-
28 mengungen von nicht in der EU zugelassenen GVO durch einen To-
29 leranzschwellenwert zur Sicherung der europäischen Veredelungs-
30 wirtschaft
- 31 • Ausstieg aus Exportsubventionen und aus produktabhängigen Stüt-
32 zungen in der Gemeinsamen Agrarpolitik

33 34 **Wie soll die EU die Verbraucher schützen?**

35 **Verbraucherschutz** findet heute nicht mehr nur national statt, sondern
36 zunehmend **im europäischen Rahmen**. Wir Liberale setzen uns für ein
37 **hohes Verbraucherschutzniveau** in Europa ein. Ziel ist es, die Gesund-
38 heit und den Schutz der Verbraucher beim Kauf von Produkten ebenso im
39 Blick zu haben wie den freien Waren- und Dienstleistungsverkehr.

40 Das liberale Verbraucherbild ist geprägt vom Gedanken des **mündigen**
41 **und eigenverantwortlichen Marktteilnehmers**. Dieses Leitbild bedeu-
42 tet, dass wir den Verbrauchern etwas zutrauen und ihnen ihren Entschei-
43 dungsspielraum lassen.

44 Verbraucher haben nicht nur den Wunsch nach sicheren Produkten, son-
45 dern auch nach transparenten und fairen Bedingungen auf den Märkten.

1 Wir wollen die Menschen im Markt stärken, so dass sie klug und selbstbe-
2 wusst entscheiden können. Was sie dazu brauchen, sind **unabhängige**
3 **Informationen, Bildung und Beratung**.

4 Die FDP will daher die **Arbeit der Verbraucherzentralen und auch des**
5 **Europäischen Ombudsmanns stärken**, damit sie den steigenden Bera-
6 tungsbedürfnissen nachhaltig gerecht werden können.

7 In der EU werden wir uns für die **Vereinheitlichung der europäischen**
8 **Standards in bestimmten Kernbereichen** einsetzen, damit Verbrau-
9 cher und Unternehmen **Rechtssicherheit** auch dann haben, wenn Pro-
10 dukte und Dienstleistungen aus anderen Ländern des Binnenmarktes ge-
11 nutzt werden.

12

13 **Die FDP fordert:**

- 14 • eine Verbraucherpolitik, die von einem mündigen Bürger ausgeht
- 15 • die Stärkung der Verbraucherinformation und Verbraucherbildung
- 16 • funktionierenden Verbraucherschutz im Binnenmarkt
- 17 • eine Vereinheitlichung der europäischen Verbraucherschutzvor-
18 schriften in den Kernbereichen (Fristen, Widerrufsrechte, Beleh-
19 rungspflichten)
- 20 • Verzicht auf weitere Werbeverbote
- 21 • die Arbeit der Verbraucherzentralen zu stärken
- 22 • Maßnahmen zum Schutz der Verbraucher bei unerlaubter Telefon-
23 werbung

24

25 **Wie soll der europäische Raum der Freiheit, der Sicherheit und des**
26 **Rechts aussehen?**

27 Die europäische Einigung stellt die Europäische Union und ihre Mitglied-
28 staaten vor zwei Herausforderungen: Zum einen müssen sie die **Sicher-**
29 **heit ihrer Bürger** auch **bei offenen Grenzen** weiterhin gewährleisten.
30 Zum anderen müssen sie sicherstellen, dass die **Bürger ihre Rechte**
31 auch grenzüberschreitend effektiv **durchsetzen können**. Dies erfordert
32 eine enge Zusammenarbeit der Polizeien, Staatsanwaltschaften und Ge-
33 richte.

34 Hierzu ist in den vergangenen Jahren eine Vielzahl europäischer Rechtsin-
35 strumente geschaffen worden: Wer zur Durchsetzung seiner Rechte auf
36 die Gerichte angewiesen ist, hat damit klare Vorgaben, welches Land für
37 den Rechtsstreit zuständig ist. Es gibt einheitliche Regeln, nach welcher
38 mitgliedstaatlichen Rechtsordnung der Streit gelöst wird. Und es wird si-
39 chergestellt, dass die ergangenen Urteile in jedem anderen Mitgliedstaat
40 anerkannt und vollstreckt werden. Ebenso wurde im Bereich der Strafver-
41 folgung die Zusammenarbeit zwischen den Behörden der Mitgliedstaaten
42 vertieft. Zusätzlich wurden auf europäischer Ebene Strafvorschriften ins-
43 besondere im Bereich der Terrorismusbekämpfung erlassen.

44 So sehr Liberale diese engere **Zusammenarbeit zwischen den Mit-**
45 **gliedstaaten** in der Europäischen Union begrüßen und unterstützen, so

1 unerlässlich ist es für uns, dass dabei die **Grundrechte der Bürger ge-**
2 **schützt werden.** Überall dort, wo öffentliche Gewalt ausgeübt wird –
3 durch die Staaten oder durch europäische Stellen –, sind sie **ohne Unter-**
4 **schied unverzichtbar**, um die Freiheit, Individualität, Persönlichkeit und
5 Würde jedes einzelnen Menschen zu schützen.

6 Gerade im Bereich der europäischen Innen- und Justizpolitik ist hier **er-**
7 **höhte Wachsamkeit** geboten. Europa schadet sich selber, wenn es mit
8 der bedenkenlosen Einführung immer **neuer Strafvorschriften** und der
9 anlass- und verdachtsunabhängigen **Speicherung unseres Kommuni-**
10 **kationsverhaltens** und zahlreicher weiterer höchstpersönlicher Daten,
11 wie z.B. zur politischen Betätigung, gewerkschaftlichen Zugehörigkeit, se-
12 xuellen Orientierung oder zu religiösen Ansichten, identifiziert wird.

13 14 **Die FDP fordert:**

- 15
- 16 • die bedingungslose Verbindlichkeit der EU-Grundrechtecharta in al-
- 17 len EU-Mitgliedstaaten
- 18 • den durch den Vertrag von Lissabon vorgesehenen Beitritt der Eu-
- 19 ropäischen Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention
- 20 (EMRK) schnellstmöglich zu vollziehen
- 21 • die verbindliche Festschreibung europaweiter Mindeststandards für
- 22 Beschuldigte in Strafverfahren mindestens auf dem Niveau der Eu-
- 23 ropäischen Menschenrechtskonvention
- 24 • in allen europäischen Rechtsgebieten einen wirksamen Datenschutz
- 25 • die Rücknahme der Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung und die
- 26 Überarbeitung des Fluggastdaten-Abkommens mit den USA, sowie
- 27 Verzicht auf eine Fluggastdatensammlung für innereuropäische Flü-
- 28 ge
- 29 • die Sicherung der Grundrechte und der rechtsstaatlichen Grundsät-
- 30 ze bei der Aufnahme in alle von der EU geführten Listen zur Sankti-
- 31 onierung von Personen und Organisationen zur Terrorismusbe-
- 32 kämpfung
- 33 • größere Zurückhaltung bei strafrechtlichen Sanktionen als schärf-
- 34 tes Mittel zur wirksamen Durchsetzung des Gemeinschaftsrechts
- 35 • Stärkung des ordre-public-Vorbehalts
- 36 • das Recht der Streitparteien, bei allen Rechtsinstrumenten des In-
- 37 ternationalen Privatrechts – auch im Familienrecht – das internatio-
- 38 nal zuständige Gericht und das anzuwendende Recht selbst zu wäh-
- 39 len
- 40 • die Entwicklung eines umfassenden europäischen Konzepts gegen
- 41 den Menschenhandel
- 42 • einen effektiven gemeinsamen europäischen Grenzschutz unter
- 43 strikter Einhaltung des Datenschutzes, der EMRK sowie des Völker-
- 44 rechts
- 45 • die Entwicklung einer gemeinsamen Asyl- und Einwanderungspolitik
- 46 unter Wahrung der Kompetenzen der Mitgliedstaaten mit dem Ziel,

- 1 das Recht auf Asyl in allen Staaten der EU zu gewährleisten und ei-
2 ne Inanspruchnahme auch tatsächlich zu ermöglichen
- 3 • die Stärkung der demokratischen Komponente der europäischen
4 Innen- und Justizpolitik durch den Ausbau der Beteiligungsrechte
5 des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente
 - 6 • die verstärkte Nutzung von befristeten Rechtsakten und Evaluie-
7 rungsmechanismen in der EU-Gesetzgebung
 - 8 • die institutionelle Absicherung des Grundrechtsschutzes durch die
9 Trennung von Innen- und Justizpolitik in der EU-Kommission mit ei-
10 nem eigenen EU-Justiz- und Grundrechtekommissar
 - 11 • die volle gerichtliche Überprüfbarkeit aller gesetzgeberischen Maß-
12 nahmen der EU durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH) zu ga-
13 rantieren

14

15 **Wie gestalten wir das Miteinander von Mensch und Natur?**

16 Die EU hat **hohe Umweltstandards** und Rechtsgrundlagen zu deren
17 **Durchsetzung** in allen EU-Mitgliedstaaten geschaffen. Dies zählen die
18 Liberalen zu den größten Errungenschaften der EU. Allerdings gibt es hier
19 ein großes Vollzugsdefizit: In keinem anderen Politikbereich sind mehr
20 Nichtumsetzungsverfahren anhängig. Deshalb muss die EU **Verstöße**
21 **konsequenter verfolgen** und **zugleich** die **Regelungsdichte merklich**
22 **verringern**.

23 In der vergangenen Legislaturperiode waren die Liberalen erfolgreich: Im
24 **Chemikalienrecht** konnte erreicht werden, dass die **Kontrollbürokratie**
25 für kleinere und mittelständische Betriebe **zumutbar** bleibt. Die ab 2010
26 geltende neue **Luftqualitätsrichtlinie** trägt eine liberale Handschrift: Die
27 **Kommunen** erhalten **mehr Entscheidungsfreiheiten**. Statt der kurz-
28 sichtigen Betrachtung von Tagesgrenzwerten für Feinstaub wechselt der
29 Fokus auf Jahresmittelwerte; nicht vom Menschen verursachte Einflüsse
30 finden zukünftig Berücksichtigung. In vielen weiteren Gesetzgebungsver-
31 fahren konnten die Liberalen Akzente setzen für eine Politik der **Anreize**
32 **statt Verbote**, für Subsidiarität und Bürokratieabbau.

33 Liberale Umweltpolitik definiert Ziele; die Wahl der Instrumente zu deren
34 Erreichung überlässt sie dem Wettbewerb um die besten Ideen. Die FDP
35 will eine **europäische Umweltpolitik mit mehr Markt und Eigenver-**
36 **antwortung**. Staatliches Ordnungsrecht kann nur letztes Mittel sein. Es
37 darf keine Politik der Symbolmaßnahmen geben. Diffuse Ängste akzeptie-
38 ren Liberale nicht als politische Ratgeber. Nur **Fakten** über tatsächliche
39 Gefährdungen sowie den realen Nutzen von Maßnahmen sind die Grundla-
40 gen liberaler Umweltpolitik.

41 In der Abfallpolitik fordert die FDP eine **dreistufige Abfallhierarchie**,
42 d.h. Abfallvermeidung vor Verwertung vor Beseitigung. Grundsätzlich
43 müssen alle Formen der Verwertung als gleichwertige Optionen betrachtet
44 werden: Ob stoffliche oder energetische Verwertung erfordert eine ökolo-
45 gische Einzelfallbetrachtung. Bei der Umsatzsteuer für Abfall und Abwas-
46 ser sollen **private und öffentliche Entsorger gleichgestellt** werden. Es
47 soll der ermäßigte Umsatzsteuersatz zur Anwendung kommen können.

1 Die zum Teil missbräuchlich genutzten Spielräume der Mitgliedstaaten bei
2 Emissionsgrenzwerten für Industrieanlagen müssen abgeschafft werden.
3 Die FDP unterstützt einheitliche europäische Standards für deren Geneh-
4 migung und Betrieb durch eine Revision der Richtlinie über die integrierte
5 Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (**IVU-**
6 **Richtlinie**).

7 Die FDP fordert eine europaweite Regelung zur **Einführung lärmabhän-**
8 **giger Trassenpreise**, damit lärmärmere Schienenfahrzeuge in der EU
9 eingesetzt werden. Die bestehenden **Grenzwerte für Reifengeräusche**
10 (EU-Reifenrichtlinie) müssen verschärft werden.

11 Im Schiffsverkehr müssen die Luftverunreinigungen durch Schwefel- und
12 Stickstoffemissionen gesenkt werden. Neben einer Verschärfung von
13 Grenzwerten muss vor allem eine flächendeckende landseitige Stromver-
14 sorgung der Schiffe während der Liegezeiten in Häfen aufgebaut werden.
15 Die Europäische **Wasserrahmenrichtlinie** muss durch eine länderüber-
16 greifende Zusammenarbeit besser umgesetzt werden.

17 Die **illegale Fischerei muss wirksam bekämpft werden**. Zugleich soll-
18 te auch bei der Ausgestaltung der EU-Fischereiabkommen die **nachhaltige**
19 **Fischerei** stärker berücksichtigt werden. Ein Verbot der Grund-
20 schleppnetz-Fischerei wird von den Liberalen unterstützt. Zusätzlich muss
21 die Industriefischerei durch die Ausweisung von Vorrang- und Ausschluss-
22 gebieten eingedämmt werden.

23 **Biologische Vielfalt** ist Grundlage für eine langfristige stabile Erhaltung
24 der Biosphäre und damit für das menschliche Überleben. Das Verschwinden
25 einer Art ist die einzige Form von Umweltzerstörung, die der Mensch nicht
26 rückgängig machen kann. Beim Schutz der Biodiversität gilt für die FDP
27 das **Vorsorgeprinzip** (Erfassen, Erhalten, Alternativen abwägen, Be-
28 schränken, Ausgleichen). Die FDP fordert, dass ein Prozess zur forcierten
29 Forschung und Bestandsaufnahme zur biologischen Vielfalt sowie Definiti-
30 on klarer Zielsetzungen einer Politik für Biodiversität initiiert wird. Das
31 **Verursacherprinzip** soll für die „Reparatur“ zerstörender Eingriffe maß-
32 geblich sein.

33

34 **Die FDP fordert:**

- 35 • die Artenvielfalt durch wirksamen Naturschutz zu sichern
- 36 • den nicht-nachhaltigen Fischfang zu stoppen
- 37 • den Lärmschutz auf der Schiene durch lärmabhängige Trassenprei-
38 se zu verbessern
- 39 • den Schiffsverkehr umweltfreundlicher zu machen
- 40 • kein Umweltdumping in der EU bei Industrieanlagen
- 41 • die energetische Verwertung von Abfällen nicht zu diskriminieren
- 42 • einen ermäßigten Umsatzsteuersatz für Abwasser und Abfall sowohl
43 für öffentliche als auch private Anbieter

44

45

1 **Wie verbinden wir Klimaschutz mit bezahlbarer Energie?**

2 Die Liberalen haben sich besonders dafür eingesetzt, **Klimaschutz, Ver-**
3 **sorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit** in einem nachhaltigen E-
4 nergieprogramm zu **verknüpfen**.

5 Die FDP unterstützt das Ziel beim Klimaschutz, als ersten Schritt **bis**
6 **2020 die Treibhausgase um 20 Prozent** gegenüber 1990 **zu reduzie-**
7 **ren**. Für die Auswahl der Instrumente muss aus Sicht der FDP gelten: An-
8 gesichts eines Anteils der EU von 16% der globalen Kohlendioxidemissio-
9 nen helfen Insellösungen dann nicht, wenn sie ausschließlich zu Produkti-
10 onsverlagerungen führen. Die Effizienz jeder Maßnahme zur CO2-
11 Reduktion muss über ihre Einführung entscheiden, nicht ihr Symbolwert:
12 Wir wollen **Treibhausgase so kostengünstig wie möglich vermeiden**.

13 Die FDP fordert von der Europäischen Union, sich für **verbindliche, am-**
14 **bitionierte und weltweite Klimaschutzziele** im Rahmen eines Post-
15 Kyoto-Abkommens einzusetzen. Vorrangiges Ziel ist ein globaler Kohlen-
16 stoffmarkt. Daneben müssen die EU bzw. ihre Mitgliedstaaten ausreichen-
17 de finanzielle Mittel für einen Technologiefonds, einen Anpassungsfonds
18 und für die Finanzierung von Aufforstungsprojekten in den Tropen bereit-
19 stellen.

20 Anpassungsmaßnahmen an unvermeidbare klimatische Veränderungen
21 wie Deichbau, Küsten- und Hochwasserschutz gehören auf die Prioritäten-
22 liste europäischer Klimapolitik.

23 Die FDP fordert eine **Innovationsoffensive für saubere Energie**. Dazu
24 gehören die Erneuerbaren Energien als auch die Förderung moderner
25 CO2-Abscheidungstechnik (CCS). Die FDP fordert einen wirksameren
26 **Technologietransfer** in die Entwicklungsländer. Wir brauchen mehr Ini-
27 tiativen zur Umsetzung von Klimaschutzprojekten in Entwicklungsländern
28 – durch **konsequente Nutzung des „Clean Development Mecha-**
29 **nism“ (CDM)**, die Anrechnung von Aufforstungsprojekten und Maßnah-
30 men zur Vermeidung von Abholzung. Gleichzeitig muss der CDM so refor-
31 miert werden, dass die Zusätzlichkeit der Projekte sicher gestellt ist. Im
32 Gegenzug kann dann die Deckelung der CDM-Projekte in der EU-
33 Emissionshandelsrichtlinie entfallen. Zudem muss die EU wirksamere
34 Maßnahmen gegen den Handel mit illegal geschlagenem Holz ergreifen.

35 Die FDP plädiert beim **Emissionshandel** dafür, alle Emissionsrechte im
36 Energiesektor durch **Versteigerung** zu verteilen. Für die dritte Handels-
37 periode ab 2013 ist die besondere Situation von energieintensiven Bran-
38 chen, die im internationalen Wettbewerb stehen, mit geeigneten Instru-
39 menten zu berücksichtigen. Zudem bedarf es gezielter Anreize für Investi-
40 tionen in neue umweltfreundliche Kraftwerke. Protektionistische Maßnah-
41 men, wie z.B. Klimazölle, lehnt die FDP ab. Die Verwendung der Erlöse
42 muss in die Hoheit der Mitgliedstaaten gestellt werden. Die Einführung
43 einer EU-Steuer durch die Hintertür als Folge einer Beteiligung der EU an
44 den Erlösen aus dem Emissionshandel lehnt die FDP ab. Die FDP will die
45 Versteigerungserlöse durch eine **Senkung von Steuern und Abgaben**
46 an anderer Stelle an die Bürger zurückgeben.

47 Die FDP fordert zügige Verhandlungen über die **Vernetzung des EU-**
48 **Emissionshandels mit** neuen Emissionshandelssystemen **in Nordame-**
49 **rika und Australien**. Der Emissionshandel ist zudem auf den Wärme-

1 markt und den gesamten Verkehr auszuweiten. Ansatzpunkt soll dort die
2 oberste Handelsebene von Brennstoffen sein.

3 Die FDP begrüßt das Ziel der Europäischen Union, den Anteil der **Erneu-**
4 **erbaren Energien** am Primärenergieverbrauch auf 20% bis 2020 zu er-
5 höhen. Sie lehnt aber Sonderziele für bestimmte Anwendungen wie Bio-
6 kraftstoffe ab. Bei importierter Biomasse muss die EU eine Zertifizierung
7 umsetzen, die sicherstellt, dass deren Produktion nicht die Abholzung des
8 Regenwaldes oder anderer ökologisch sensibler Gebiete fördert. Solange
9 eine solche Zertifizierung nicht in der Praxis funktioniert, sind eventuelle
10 Sonderziele auszusetzen. Die FDP spricht sich dafür aus, die Strategie ei-
11 nes Stromverbundes mit Nordafrika (DESERTEC) und den Bau solarther-
12 mischer Kraftwerke mit Nachdruck innerhalb der Mittelmeerunion zu ver-
13 folgen.

14

15 **Die FDP fordert:**

- 16 • einen ehrgeizigen Klimaschutz – so kostengünstig, technologieoffen
17 und wettbewerbsfähig wie möglich
- 18 • die Entlastung der Verbraucher, z.B. durch die Senkung der
19 Stromsteuer bzw. einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz auf Energie
- 20 • ein wirksames globales Klimaschutz-Abkommen („Post-Kyoto“)
- 21 • den Emissionshandel auf alle Wirtschaftssektoren auszuweiten
- 22 • kostengünstige Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern stärker
23 zu nutzen
- 24 • Erneuerbare Energien auf 20% auszubauen, aber nicht auf Kosten
25 der tropischen Regenwälder
- 26 • den Ausbau der Solarenergie in der Mittelmeerregion voranzutrei-
27 ben

28

29 **Wie sichern wir in Europa eine nachhaltige Mobilität für alle?**

30 Das **Mobilitätsbedürfnis** der und die **Mobilitätserwartungen** an die
31 Bürgerinnen und Bürger Europas werden **immer größer** – nicht nur auf
32 nationaler Ebene, sondern auch auf europäischer. Aufgabe europäischer
33 Verkehrspolitik ist es daher auch, die Grundlage dafür zu schaffen, dass
34 sich die Menschen **Mobilität in Europa** leisten können, und **nicht** staatli-
35 cherseits **immer weiter zu verteuern**.

36 Insbesondere für **Deutschland als Transitland** sind eine effiziente euro-
37 päische Verkehrspolitik und die Schaffung leistungsfähiger Verkehrsinfra-
38 strukturen von vitalem Interesse.

39 Die europäische Verkehrspolitik hat die Aufgabe, die **Leistungsfähigkeit**
40 **aller Verkehrsträger** zu **optimieren**, um das Ziel eines effizienten und
41 nachhaltigen Verkehrssystems zu erreichen. Die FDP unterstützt dieses
42 Konzept der "Ko-Modalität".

43 Steigende Benzinpreise und Mautkosten haben die Transportkosten erheb-
44 lich gesteigert, so dass auch die Verbraucherpreise für viele Produkte ge-

1 stiegen sind. Die Verteuerung von Güterverkehr und Mobilität insgesamt
2 darf weder Selbstzweck noch Mittel zur Haushaltskonsolidierung sein.

3 Die aktuellen Entwicklungstrends im Bereich der **Elektroantriebe** haben
4 ein besonderes Leistungspotential für eine bezahlbare, energiesparende
5 und **klimaverträgliche Mobilität der Zukunft**. Elektrische Antriebe er-
6 öffnen die Chance, die CO₂-Emissionen des Straßenverkehrs substanziell
7 und im Rahmen eines konsistenten Gesamtkonzepts zu verringern und
8 erneuerbare Energien besser im Verkehr nutzbar zu machen. Auch auf
9 europäischer Ebene muss der Energiespeicherforschung und der For-
10 schung für intelligente Netze (smart grids) deshalb eine noch wichtigere
11 Rolle in der Energieforschung zugewiesen werden. Die Liberalen setzen
12 sich dafür ein, dass Klimaschutz im Straßenverkehr vordringlich durch ei-
13 ne konsequente Nutzung des Emissionshandels und durch eine verlässli-
14 che und glaubwürdige Flankierung des technischen Fortschritts angestrebt
15 wird und – wenn überhaupt – dann nur vorübergehend und ergänzend mit
16 Hilfe bürokratischer Grenzwerte und einseitiger Belastungen für die Auto-
17 mobilhersteller. Wenn Elektroantriebe am Markt erfolgreich sind, müssen
18 die Mengenziele für CO₂-neutrale Energien im Stromsektor so angehoben
19 werden, dass sie die Zusatznachfrage für die elektrische Mobilität befriedi-
20 gen können.

21 22 **Die FDP fordert:**

- 23 • die vollständige Liberalisierung des Güter- und Personenschienenver-
24 kehrs in der EU - dazu muss auf eine konsequente Umsetzung der be-
25 schlossenen Richtlinien (Eisenbahninfrastrukturpaket) gedrängt werden
- 26 • die Schaffung einer europäischen Trassenagentur, die den fairen und
27 freien Zugang zur Schieneninfrastruktur für alle Wettbewerber gewähr-
28 leistet
- 29 • die technische Harmonisierung im europäischen Eisenbahnverkehr. Da-
30 zu muss insbesondere das Zugleit- und Sicherungssystem ERTMS als
31 europäischer Standard zügig eingeführt werden
- 32 • die Verbesserung des Lärmschutzes an Eisenbahnstrecken, insbeson-
33 dere durch Maßnahmen an Güterzügen, z.B. durch den Einsatz der K-
34 Sohle
- 35 • die Freigabe der Kobotage, also von Transport- und Logistikdienstleis-
36 tungen innerhalb eines Landes durch ein Unternehmen aus einem an-
37 deren EU-Land
- 38 • die Einbeziehung des Straßenverkehrs in den europaweiten Emissions-
39 handel durch Erwerb von Verschmutzungsrechten durch die Mineralöl-
40 hersteller
- 41 • Streichung willkürlicher Verteuerungsinstrumente (wie die Ökosteuer)
- 42 • die schnellstmögliche Einführung eines europaweiten Systems zur Zer-
43 tifizierung nachhaltig gewonnener Biokraftstoffe
- 44 • die Gleichbehandlung der Verkehrsträger
- 45 • die Bewahrung des kommunalen Selbstbestimmungsrechts - insbeson-
46 dere bei Maßnahmen im städtischen Verkehr

- 1 • die Schaffung eines europäischen Luft- und Seeverkehrsraumes, u.a.
2 durch ein gemeinsames Flugverkehrsmanagement und die Beseitigung
3 der Seebinnengrenzen
- 4 • den Ausbau der transeuropäischen Verkehrskorridore, insbesondere
5 zur Beseitigung grenzüberschreitender Engpässe

6

7 **Wie schaffen wir mehr Demokratie und weniger Bürokratie in** 8 **Europa?**

9 Europa verändert in atemberaubender Geschwindigkeit sein Gesicht –
10 muss aber aufpassen, die Bürger bei diesen Entwicklungen nicht am Rand
11 stehen zu lassen.

12 Die voranschreitende Vertiefung und Harmonisierung des Binnenmarktes
13 hat neben dem gewünschten einheitlichen Rechtsrahmen oft den Effekt,
14 dass durch Übergangsvorschriften, Ausnahmeregelungen für einzelne
15 Länder oder unterschiedliche Auslegungen von Richtlinien eine **für den**
16 **Bürger schwer zu verstehende Bürokratie** entsteht. Hinzu kommen
17 manchmal unsinnige und **für Unternehmen** fast immer belastende **Be-**
18 **richts- und Mitteilungspflichten**. Das Ziel europäischer Zusammenar-
19 beit – das Leben und die wirtschaftliche Entwicklung der Menschen grenz-
20 überschreitend zu erleichtern – wird dabei oft aus dem Auge verloren. So
21 sehr einzelne Regelungen ihre Berechtigung haben mögen, ist ein wichti-
22 ges Ziel der Liberalen, diese ungewünschten Nebeneffekte der europäi-
23 schen Zusammenarbeit so gering wie möglich zu halten.

24 Bürokratieabbau fängt an der Spitze an: Deshalb hält die FDP an ihrer
25 Forderung nach einer **Verkleinerung der Europäischen Kommission**
26 fest. In der Rotation wird darauf zu achten sein, dass die Mitgliedstaaten
27 ihrem demographischen und wirtschaftlichen Gewicht entsprechend ver-
28 treten sein müssen. **Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung** sind
29 für die Liberalen Chefsache und müssen in der **Zuständigkeit des Kom-**
30 **missionspräsidenten** angesiedelt sein.

31 **Parlamentarische Mitwirkung** auf nationaler wie europäischer Ebene ist
32 der Garant für eine **bürgernähere Rechtsetzung**. Die weitere **Demo-**
33 **kratisierung der EU** ist auch ein Schlüssel für die **Akzeptanz** weiterer
34 Vertiefung der europäischen Integration. Das Europäische Parlament soll
35 nur noch an einem Ort tagen und, wie jedes andere Parlament auch, allei-
36 ne über seinen Sitz entscheiden. Zurzeit ist es weltweit das einzige Parla-
37 ment, das nicht nur einen, sondern gleich drei offizielle Standorte hat – in
38 drei verschiedenen Ländern. **Dieser Reisezirkus** – verbunden mit im-
39 mensen bürokratischem Aufwand sowie Kosten für Steuerzahler und Um-
40 welt – **muss beendet werden**.

41 Insbesondere steht das **Europäische Parlament** in der Verantwortung,
42 Maßnahmen der Kommission und des Rates auf ihre Alltagstauglichkeit
43 und Bürgerfreundlichkeit hin zu überprüfen. Deshalb müssen die Rechte
44 des Europäischen Parlaments, aber auch der nationalen Parlamente **wei-**
45 **ter gestärkt** werden. Die teuren „beratenden“ Gremien Wirtschafts- und
46 Sozialausschuss (WSA) und Ausschuss der Regionen (AdR) sind dagegen
47 überflüssig oder bleiben weit hinter ihren Möglichkeiten zurück.

1 Die **nationalen Parlamente** haben die Aufgabe, die **Arbeit der jeweili-**
2 **gen Regierungen in Brüssel zu kontrollieren** und die europäischen
3 Debatten in die jeweilige **nationale Öffentlichkeit** zu tragen. Der Deut-
4 sche Bundestag hat diese Aufgabe bisher nur unzureichend wahrgenom-
5 men. Allzu oft wurde er in den letzten Jahren von im Rat verabschiedeten
6 Richtlinien überrascht, obwohl er zuvor hätte mitwirken können. Die FDP
7 setzt sich dafür ein, die Gesetzgebung transparenter und für den Bürger
8 nachvollziehbarer zu machen.

9 Auch bei den **Verhandlungen zur Finanziellen Vorausschau** der EU
10 spielt das deutsche Parlament eine zu geringe Rolle. Hier gibt die Bundes-
11 regierung ohne vorherige Beteiligung des Bundestages regelmäßig Zusa-
12 gen in Milliardenhöhe. Die FDP will, dass die **Mitwirkungs- und Infor-**
13 **mationsrechte des Bundestages weiter gestärkt** werden.

14 Nach dem **Subsidiaritätsprinzip** kann die Europäische Union nur recht-
15 setzend tätig werden, sofern sie eine entsprechende Rechtsgrundlage hat
16 und nachweisen kann, dass eine Regelung auf europäischer Ebene sinn-
17 voller ist, als auf nationaler. Gerade letzteres wurde in den letzten Jahren
18 kaum beachtet. Die **nationalen Parlamente** stehen hier in der **Pflicht,**
19 **stärker auf die Einhaltung der Subsidiarität zu achten.**

20 Insbesondere vor dem Hintergrund, dass parlamentarische Rechte,
21 Grundausrichtungen der Wirtschafts- und Finanzverfassung und langfristi-
22 ge Ziele der EU davon betroffen sind, muss **die Mitwirkung der Parla-**
23 **mente an Änderungen der vertraglichen Grundlagen** der EU ausge-
24 baut werden.

25

26 **Die FDP fordert:**

- 27 • Bürokratieabbau direkt beim Kommissionspräsidenten anzusiedeln
- 28 • die im Vertrag von Nizza vorgesehene Verkleinerung der Kommissi-
29 on umzusetzen
- 30 • Europäische Gesetze, wo sinnvoll, mit einem Verfallsdatum zu ver-
31 sehen
- 32 • klare Berechnung der mit einem Gesetz verbundenen Kosten vor
33 Beschlussfassung
- 34 • die Zahl der Mitteilungs- und Berichtspflichten für Unternehmen er-
35 heblich zu reduzieren
- 36 • mit oder ohne Vertrag von Lissabon die Rechte des Europäischen
37 Parlaments weiter auszubauen
- 38 • das Recht des Europäischen Parlaments, über seinen Sitz selbst zu
39 entscheiden
- 40 • eine umfassende Reform des Ausschusses der Regionen
- 41 • die Abschaffung des Wirtschafts- und Sozialausschusses
- 42 • alle Rechte, die der Vertrag von Lissabon den nationalen Parlamen-
43 ten gibt, in Deutschland umzusetzen
- 44 • dass der Deutsche Bundestag sich verbindliche Maßstäbe zur Subsidi-
45 aritätskontrolle schafft

- 1 • die verstärkte Mitwirkung des Bundestages bei Vertragsänderungen
- 2 und finanziellen Zusagen an die EU
- 3 • stärkere Informations- und Mitwirkungsrechte für die nationalen
- 4 Parlamente

Abkürzungsverzeichnis

AdR	Ausschuss der Regionen
B2C	Business-to-Consumer (Unternehmen zu Verbraucher)
BNE	Bruttonationaleinkommen
C2C	Consumer-to-Consumer (Verbraucher zu Verbraucher)
CCS	Carbon Dioxide Capture and Storage (Co2-Abscheidungstechnik)
CDM	Clean Development Mechanism (Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung)
EEF	Europäischer Entwicklungsfonds
EIT	Europäisches Institut für Innovation und Technologie
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EP	Europäisches Parlament
ERTMS	European Rail Traffic Management System (System für Management und Steuerung des Eisenbahnverkehrs auf den Strecken der TEN)
ESS	Europäische Sicherheitsstrategie
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuRH	Europäischer Rechnungshof
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
EZB	Europäische Zentralbank
FuE	Forschung und Entwicklung
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GVO	Gentechnisch veränderte Organismen
IVU	Integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung
NATO	North Atlantic Treaty Organization (Nordatlantikvertrag-Organisation)
OLAF	Office de la lutte anti-fraude (Amt für Betrugsbekämpfung)
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
TEN	Transeuropäische Netze
UNO	United Nations Organisation (Vereinte Nationen)
VIG	Verbraucherinformationsgesetz
WSA	Wirtschafts- und Sozialausschuss
WTO	Welthandelsorganisation

Glossar

Biodiversität, die Vielfalt der Arten auf der Erde, die genetische Vielfalt sowie die Vielfalt der Ökosysteme.

Budgethilfe, Instrument der Entwicklungsfinanzierung, bei welcher mehrere internationale Geldgeber Mittel zur Unterstützung einer nationalen Entwicklungsstrategie eines ärmeren Partnerlandes zur Verfügung stellen. Anders als bei Korbfinanzierungen fließt die finanzielle Unterstützung der Budgethilfe direkt in den Staatshaushalt des Nehmerlandes ein.

Clean Development Mechanism (CDM), Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung, welcher Industriestaaten erlaubt, ihre Verpflichtungen zur Reduzierung von Treibhausgasen über die Maßnahmen im eigenen Land hinaus in Form von Klimaschutzprojekten in Entwicklungsländern zu erreichen.

Cross-Compliance, Bindung der Direktzahlungen an Landwirte in Form von Prämien an die Einhaltung von Umwelt-, Lebensmittel-, Futtermittelsicherheit, Tiergesundheit und Tierschutzstandards im Bereich der Agrarpolitik.

DESERTEC, Konzept, das davon ausgeht, dass Wüsten die größte technisch zugängliche Quelle für Energie sind. Wüsten und Technologie sollen genutzt werden, um Wasser-, Energie und Klimasicherheit zu stärken. Praktisch wird ein Stromverbundes mit Nordafrika angestrebt.

Effektiver Multilateralismus, mit dem „*wirksamen Multilateralismus*“ verpflichtet sich die EU dem Völkerrecht und dessen Weiterentwicklung und spricht sich neben der Stärkung der UNO und dem dazugehörigen Sicherheitsrat, auch für die Stärkung regionaler Organisationen aus. Die transatlantischen Beziehungen u.a. in der NATO werden als tragendes Element des internationalen Systems empfunden.

EU-Bruttonationaleinkommen (BNE), Begriff der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Das BNE hat das Bruttosozialprodukt (BSP) als einschlägiger Wohlstandsindikator abgelöst. Es gibt die Summe des BSP zu Marktpreisen, zuzüglich des Nettoprimäreinkommens aus der übrigen Welt an. Mit ihm berechnet die EU seit 2001 die Obergrenze ihrer Eigenmittel.

EU-Eigenmittel, Einnahmen der EU zur Finanzierung des Haushaltes, die ihr rechtlich zustehen. Neben den traditionellen Eigenmitteln aus Agrarabschöpfungen und Zöllen und sonstigen Einnahmen (u.a. Steuern auf Personaldienstbezüge, Geldbußen, Verzugszinsen) erhält die Union zurzeit Mehrwertsteuer(MwSt)-Eigenmittel (beruhen auf einheitlichem Prozentsatz, der auf die harmonisierten MwSt.-Einnahmen jedes Mitgliedstaats angewandt wird) sowie zunehmend Einnahmen aus den Bruttonationaleinkommen (BNE) (prozentueller Anteil am BNE der Mitgliedstaaten)

Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), vom Europarat, nicht der EU, ausgearbeiteter Katalog von Grundrechten und Menschenrechten, die allen Menschen garantiert werden, welche sich auf dem Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten aufhalten. Über ihre Umsetzung wacht der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg. Neben den klassischen Freiheitsrechten enthält die EMRK auch das Verbot der Folter, erniedrigender Strafen und Zwangsarbeit sowie die Abschaffung der Todesstrafe.

Europäische Sicherheitsstrategie (ESS), unter der Federführung des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) Javier Solana erarbeitetes Papier, das die außen- und sicherheitspolitische Orientierung der EU angesichts der globalen Herausforderungen und Risiken formuliert.

Europäischer Entwicklungsfonds (EEF), wesentliches Finanzinstrument im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit mit den AKP-Staaten (Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten), der für jeweils einen Fünfjahreszeitraum geschlossen, von den Mitgliedstaaten finanziert und nach wie vor nicht in den EU-Gesamthaushaltsplan eingestellt wird.

Europäischer Ombudsmann, ein vom Europäischen Parlament für die Dauer einer Legislaturperiode ernannter Bürgerbeauftragter, der von jedem Bürger der Union Beschwerden über Missstände bei der Verwaltungstätigkeit der Organe und Institutionen der EU entgegennimmt und bei gerechtfertigten Beschwerden Untersuchungen einleitet.

Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF), mit Sitz in Brüssel, welches 1999 zum Schutz der finanziellen Interessen der EU und zur Bekämpfung von Betrug, Korruption sowie weiteren rechtswidrigen Handlungen innerhalb der Organe und Einrichtungen der EU eingerichtet wurde und seine Ermittlungen unabhängig durchführt.

Finanzielle Vorausschau, Interinstitutionelle Vereinbarung zwischen EP, Rat und Kommission, die den Rahmen für die Ausgaben der Gemeinschaft in den großen Tätigkeitsbereichen über zurzeit sieben Jahre festschreibt. Darin enthalten sind die Ausgabenobergrenzen und die Struktur der geplanten Ausgaben, um eine geordnete Entwicklung der EU-Ausgaben innerhalb des Umfangs der EU-Eigenmittel sicherzustellen.

Gentechnisch veränderte Organismen (GVO), Organismen, deren gentechnisches Material gezielt verändert wurde. Oftmals handelt es sich um die Übertragung von Genen zwischen verschiedenen Arten, um auf diese Weise Tieren oder Pflanzen Eigenschaften zu vermitteln, die mit konventioneller Züchtung nicht erreicht worden wäre. Unterschieden wird zwischen grüner, roter und weißer Gentechnologie.

Globalisierungsfonds („Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung“), ein mit jährlich 500 Millionen Euro ausgestatteter Fonds, welcher die Wiedereingliederung von Arbeitnehmern in den Arbeitsmarkt unterstützen soll, die aufgrund von Restrukturierungen im Welthandelsgefüge ihren Arbeitsplatz verloren haben.

Grüne Gentechnik, Anwendung gentechnischer Verfahren in der Landwirtschaft mit dem Ziel, Kulturpflanzen mit Hilfe von gezielter Übertragung einzelner Gene neue Eigenschaften zu vermitteln und sie dadurch effizienter zu machen (z. B. Mais, Raps, Sojabohnen, Baumwolle).

Kohäsionspolitik, „Politik des Zusammenhalts“ zwischen einzelnen Staaten und Regionen in der EU. Mit Hilfe von finanziellen Programmen (Kohäsions- und Strukturfonds) soll das Entwicklungsgefälle zwischen den Regionen und Mitgliedstaaten verringert sowie die Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts erreicht werden.

Ko-Modalität, bezeichnet die optimale und nachhaltige Nutzung der einzelnen Verkehrsträger (Straßen-, Schienen-, Schiff- und Luftverkehr) oder ihrer Kombinationen.

Konsolidierte Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage, Projekt zur Harmonisierung der Steuerbemessungsgrundlage der Körperschaftsteuer zwischen den Mitgliedstaaten.

Kopenhagener Kriterien, Kriterien, die potentielle EU-Kandidaten erfüllen müssen, um der Union beitreten zu können. Es handelt sich um wirtschaftliche (funktionsfähige Marktwirtschaft; Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten) sowie politische (Freiheit, Demokratie, Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie Rechtsstaatlichkeit) Kriterien als auch um das Acquis-Kriterium (Übernahme des "gemeinschaftlichen Besitzstandes"). Zudem muss die Aufnahmefähigkeit der EU gewährleistet sein.

Kulturlandschaftsprämie, Prämie zur Honorierung der Dienstleistungen zur Pflege und Erhaltung der Kulturlandschaft. Damit sollen die agrarpolitischen Herausforderungen der WTO und EU-Osterweiterung gemeistert werden.

Kurzumtriebsplantagen, Anpflanzung schnell wachsender Baumarten auf landwirtschaftlichen Flächen mit dem Ziel, innerhalb kurzer Umtriebszeiten Holz als nachwachsenden Rohstoff zu produzieren.

Lissabon-Strategie, vom Europäischen Rat im März 2000 beschlossenes Papier mit dem Ziel, Europa bis zum Jahr 2010 „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen“.

ordre-public-Vorbehalt, die Möglichkeit mitgliedstaatlicher Gerichte, bei der Anwendung ausländischen Rechts und des Prinzips der gegenseitigen Anerkennung ausländischer gerichtlicher Entscheidungen diese ausnahmsweise nicht anzuerkennen bzw. diese für nicht vollstreckbar zu erklären, wenn die Anerkennung bzw. Vollstreckbarerklärung mit wesentlichen Grundsätzen des inländischen Rechts im Widerspruch steht.

Prinzip der doppelten Mehrheit, in der EU angestrebter Entscheidungsmechanismus, der bei Abstimmungen im Rat eine qualifizierte Mehrheit an Mitgliedstaaten (mindestens 55 % der Mitgliedstaaten; pro Staat eine Stimme) und eine Mehrheit der durch die Mitgliedstaaten repräsentierten Bevölkerung (mindestens 65 % der europäischen Bevölkerung) vorschreibt und damit Ausdruck der doppelten Legitimität der EU als Union der Staaten und der Bevölkerung ist.

Subsidiaritätsprinzip, in den Bereichen, die nicht in die ausschließliche Zuständigkeit der Gemeinschaft fallen, wird diese nach dem Subsidiaritätsprinzip nur tätig, „sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden können und daher wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen besser auf Gemeinschaftsebene erreicht werden können“. Es besagt, dass Entscheidungen möglichst bürgernah getroffen werden sollen.

Transeuropäische Netze (TEN), grenzüberschreitende Infrastrukturen in den Bereichen Verkehr, Energie und Telekommunikation zur Verknüpfung der europäischen Regionen und nationaler Netze als Grundlage für das Funktionieren des Binnenmarkts.

Verstärkte Zusammenarbeit, Verfahren, welches Mitgliedstaaten unter bestimmten Bedingungen gestattet, untereinander enger zusammenzuarbeiten, dabei jedoch den einheitlichen institutionellen Rahmen der EU zu wahren. Die verstärkte Zusammenarbeit versteht sich als letzte Möglichkeit, um in einem bestimmten Bereich Fortschritte zu erzielen. Diese muss von mindestens acht Mitgliedstaaten verfolgt werden, prinzipiell aber allen anderen Mitgliedstaaten offen stehen.